

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Vierteljährlich 1.50 RM., monatlich 1.20 RM., wöchentlich 30 Pf., ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr: Beträgt für die sechsgehaltene Annoncen-zeile oder deren Raum 60 Pf., ...

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 14. Februar 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

74,6 Milliarden englische Kriegskosten.

Feindliche Vorstöße zwischen Ipern und Arras — Russenangriffe bei Zwyzyn — Sturmerfolg an der Saleputna-Straße — Höhe bei Paralovo erstürmt.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 13. Februar 1917. (B. L. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Tagüber schränkte harter Nebel die Gesichtstätigkeit an fast der ganzen Front ein.

Im Somme-Gebiet lebte der Artilleriekampf abends auf und hielt nachts in wechselnder Stärke, besonders lebhaft zwischen St. Pierre-Bauch-Wald und Hérouve an.

Zwischen Ipern und Arras scheiterten zahlreiche Vorstöße feindlicher Aufklärungsabteilungen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Südlich des Dnyowjatz-Bees drangen einige Stoßtrupps in die russische Stellung und kehrten mit 90 Gefangenen und einem Maschinengewehr zurück.

Nördlich von Luck blieben Erkundungsvorstöße und Minensprengungen der Russen ohne Erfolg.

Bei Zwyzyn am oberen Sereth wurde der zweimal wiederholte russische Vorstoß abgewiesen.

Front des Generalsoberst Erzherzog Josef J.

Südlich der Saleputna-Straße nahmen unsere Truppen einen stark ausgebauten Stützpunkt im Sturm. An Gefangenen wurden 3 Offiziere, 168 Mann, an Beute 3 Maschinengewehre und viel Feldgerät eingebracht.

Zwischen Uz- und Putna-Tal vielfach lebhaftes Artillerie- und Vorkampfsgefechte.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Radenzen

Keine besonderen Ereignisse.

Mazedonische Front.

Im Cerna-Bogen griffen nach wirkungsvoller Feuerbereitschaft unsere Truppen eine feindliche Höhenstellung östlich von Paralovo an und stürmten sie und einige hinter der Front befindliche Lager. Bei geringem eigenen Verlust wurden 2 Offiziere, 90 Italiener gefangen, 5 Maschinengewehre und 2 Minenwerfer erbeutet.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

Abendbericht.

Amlich. Berlin, den 13. Februar. Abends.

Vormittags scheiterte ein englischer Teilangriff südlich von Serre. Im Westen und Osten sonst keine größeren Kampfhandlungen.

Im Cerna-Bogen wurden Gegenangriffe in der von uns genommenen Höhenstellung abgewiesen.

Der österreichische Bericht.

Wien, 13. Februar 1917. (B. L. S.) Amlich wird verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südlich der Saleputna-Straße erkärmten unsere Truppen einen stark besetzten Stützpunkt. Hierbei wurden drei Offiziere und 168 Mann als Gefangene eingebracht und drei Maschinengewehre erbeutet.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Bivacco-Tal hielt der heftige Gefechtskampf auch gestern an. Die Italiener verfeuertem zahlreiche Geschosse. Feindliche Angriffe aus dem Raume von St. Peter wurden abgewiesen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, u. Gaefer, Feldmarschallleutnant.

Ereignisse zur See.

Am Nachmittage des 11. Februar unternahm eine Gruppe unserer Seekriegszeuge einen gelungenen Erkundungsflug nach Salona, Santi Quaranta und Korfu.

Krieg und Reichsfinanzen.

Die sich mehrenden Abhandlungen über die Reichsfinanzen nach dem Kriege leiden alle daran, daß weder der Gegenstand der Betrachtung scharf begrenzt ist, weil niemand auch nur annähernd den gesamten jährlichen Mehrbedarf von Reich, Staaten und Gemeinden schätzen kann, noch die Art der Deckung bestimmenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse klar ist.

Noch einer vor kurzem im Reichstag vorgelegten Denkschrift waren bis 30. September 1916 folgende Schulden aufgenommen worden:

Table with 2 columns: prozent, Reichsschuldverschreibungen, Millionen Mark. Values include 5, 4, 3 1/2, 3, 5, 4 1/2, 4, 10 339,20.

„Unverzinsliche Schatzscheine“ — ein leicht mißzuverstehender Hochausdruck — sind Schatzscheine, denen keine eigenen Zinsföhrungen anhängen, sondern die auf kurze Zeit wie Wechsel verkauft werden, d. h. gegen einen Abschlag vom Nennwert (Diskont), der den Zinsen bis zum Ende ihrer Laufzeit entspricht.

Diese Aussicht ist deshalb so betrüblich, weil der Geldmarkt nach dem Kriege von Handel, Gewerbe und Industrie in stärkstem Maße in Anspruch genommen werden wird, um Geld zur Wiederauffüllung der Warenlager oder zur Umstellung auf die Friedenswirtschaft oder zur Wiedererrichtung gewerblicher Betriebe, oder zum Häuserbau zu erhalten.

Einen gewissen Trost gewährt nur der Umstand, daß die schwebenden Schulden der anderen Staaten, die durch langfristige Anleihen abgelöst werden müssen, noch unendlich größer als die des Deutschen Reiches sind, und ferner die gewichtige Tatsache, daß die öffentliche Verschuldung zum bedeutungsvollen Gegenstück eine Entschuldung heißt vieler Betriebe, landwirtschaftlicher wie gewerblicher, hat.

Das Gelingen des Kunststückes, die Verlässlichkeit der Kriegsanleihe zu sichern, hängt von vielen Faktoren ab, besonders aber von der Beschaffung von Mitteln für den Schuldendienst. Wir sagen Schuldendienst, weil es mit der Verzinsung nicht genug ist und die Anleihen auch getilgt werden müssen.

Die englischen Kriegsausgaben.

Die neue Kreditvorlage einstimmig angenommen.

Die kühnen Stufen, mit denen England seine Kriegsoperationen ausführt, werden in wahren Trommelfeuermassen verschossen. Im englischen Unterhause hat Bonar Law einen Gesetzentwurf zur Genehmigung eines Kredites von 500 Millionen Pfund Sterling eingebracht.

Sie dazu erklärte Bonar Law in einer längeren Rede folgendes: Diese Summe stelle einen höheren Betrag dar als der, den Schatzsekretär McKenna im vergangenen Jahre angegeben habe. Die Zunahme sei eine Folge der größeren Ausgaben für Munition sowie für Vorkäufe an die Kolonien und die Verbündeten.

Die Durchschnittsausgaben für den Munitionsbedarf des Heeres und der Marine seien im Vergleich zum Beginne des Finanzjahres um 1 Million Pfund Sterling pro Tag gestiegen. Fortwährend werde die Munitionserzeugung gesteigert. England sei nicht nur an Truppen, sondern auch hinsichtlich seiner Ausrüstung dem Feinde überlegen.

Am Schlusse seiner Rede erklärte der Minister, daß er volles Vertrauen für die Zukunft hege. Er wisse nicht, ob die Anleihe einen Erfolg haben werde und meinte, England

habe einen schwierigeren Weg als alle übrigen Nationen, aber es werde nicht eher Schluß machen, bis nicht das Ziel erreicht sei, das man sich gesteckt habe.

Die Kreditvorlage wurde, wie gestern aus London gemeldet wurde, einstimmig angenommen.

Die gefälschte Mehrheit für Briand.

Rund Hundert Stimmen wurden von der linken Mehrheit, die Briand in der Kammer erzielte, nachträglich abgezogen. Die Zahl von 389 Stimmen sank auf 290. Ein verdächtig hoher Unterschied, der sich nicht mit einem bloßen Irrtum erklären läßt.

Indien auf dem Weg zur Allgemeinen Wehrpflicht.

Rotterdam, 12. Februar. Dem „Nieuwe Rotterdamischen Courant“ zufolge erfährt die „Times“ aus Bombay: Es ist dort eine Verordnung erlassen worden, daß sich alle männlichen britischen Untertanen vom 16. bis zum 50. Lebensjahre melden müssen.

den Markt genommen werden, sei es dadurch, daß der Staat zum Nennwert kauft, wobei auch die kleine Chance, die Stücke zum Nennwert bezahlt zu erhalten, die Besitzer ermutigt und an ihren Papieren festhalten läßt.

Um zu verhüten, daß Kriegsanleihe nach dem Kriege in großen Mengen auf den Markt geworfen wird, werden die Darlehnsklassen fortbewahrt, vielleicht durch lange Jahre, mit der Aufgabe, Kriegsanleihe zu sehr annehmbaren Bedingungen zu beliehen.

Der Zinsdienst der Kriegsanleihe — ungerechnet die notwendige Tilgung — verlangt bis jetzt einen jährlichen Nachschuß von 25 Milliarden Mark. Dazu kommen noch die Summen, die Staaten und Gemeinden für den Schuldendienst brauchen, sowie die Renten und Entschädigungssummen, die auf mindestens drei Milliarden Mark zu schätzen sind. Für die Deckung muß durch Steuern vorgesehrt werden, und zwar so vollkommen, daß die Aufnahme von Anleihen zur Deckung von Fehlbeträgen bei der Verteilung laufender Ausgaben überflüssig wird. England ist vorbildlich vorgegangen, indem es den Steuerertrag — fast ausschließlich durch Verschärfung der direkten Steuern — während des Krieges von ungefähr vier auf zehn Milliarden Mark erhöht hat. Da Steuern in der Regel aus dem Einkommen geschöpft werden müssen und das werdende Kapitalvermögen nicht vermindert werden soll, muß das Einkommen durch Erhöhung der Produktivität der Arbeit gesteigert werden. Es muß gleichzeitig gespart werden, damit das für die Existenz der Menschen und für die Erweiterung der Wirtschaft unumgängliche Kapital nicht vergeudet wird. Diese Pflicht liegt vor allem dem Reiche ob, das durch internationale Verträge mit den anderen Leidensgenossen dieses Krieges die Lasten auf einen Bruchteil herabdrücken muß. Der Frieden muß in der Erkenntnis geschlossen werden, daß sich der europäische Imperialismus, so sehr seine Ideen noch die Menschen beherrschten, selbst totgeschlagen hat. Imperialismus ist das Streben, dem Kapital mit Staatsmacht im Ausland ergebige Anlagen zu sichern. In und nach dem Kriege wird aber die Kapitalausfuhr ein politisches Kapitalverbrechen, und selbst dort, wo sie von der Rücksicht auf den Bundesgenossen erfordert wird, werden die verantwortlichen Personen beide Hände auf den Gehäuf hütend und abwehrend legen.

Sowohl die in der Öffentlichkeit etwas vernachlässigte Geldbeschaffung des Reiches, der Staaten und der Gemeinden wie die steuerliche Deckung des Schuldendienstes werden die Sozialdemokratie bereit zu ernster, vom Gefühl geprüfter Verantwortung erfüllter Mitarbeit finden. Das lehrreiche Beispiel des Zivildienstgesetzes zeigt jedem, der sehen und hören will, daß auf diese Weise das Unvermeidliche erträglich werden kann. Aber die Mitarbeit der Sozialdemokratie ist an die Forderung geknüpft, daß die schwer geprüften Volksmassen durch lastende Steuern nicht um hundert Jahre zurückgeworfen werden, daß die Leistungsfähigkeit zum Maßstab der Steuerpflicht wird, daß das Reich ohne Rücksicht auf staatsrechtliche Schranken derer, die für die Souveränität der im Kriege stark zurückgedrängten Bundesstaaten schwärmen, ein einheitliches Steuersystem und eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Verteilung der Steuergewalten anbahnt und durchführt. Bei der Ablehnung der im Frühjahr 1916 angeforderten Verbrauchs- und Verkehrssteuern hat die Sozialdemokratie beteuert, daß sie sich nicht mit steuerlichem Händwerk kompromittiert, das auf der Jagd nach Geld entstanden, schablonenhaft erdacht, weder politischen noch wirtschaftlichen Zielen dient.

Deutschland und Amerika.

Kriegsnähe — keine Verhandlungen!

Fast man zusammen und vergleicht man, was die englische Presse in den ersten Tagen des Februar und dann in den jüngeren Tagen von den Hoffnungen, die in den Kreisen der Entente auf die Beteiligung der Vereinigten Staaten an dem blutigen Weltwürgerfeld gehagt werden, verlauten ließ, so ergibt sich, daß diese Hoffnungen sich heute weniger fahn als vor Wochenfrist äußern. Das kann für die europäischen Mittelmächte nicht bedeuten, daß die aufsteigende neue Weltmächte sich verzogen habe, aber die Entente hat Anlaß, daraus zu entnehmen, daß Wilsons Weg, mag er sich zurzeit immerhin verbreiternd neben den ihren legen, doch von seiner Selbstständigkeit nichts aufzugeben wagt. Das entspricht durchaus dem Gewinn, den die große Union aus dem Kriege der europäischen Mächte eingeholt hat, und den sie sich nun weder durch Deutschlands Seegebote mindern lassen, noch durch ein Anhängen an das Schlepptau der englischen Welt diplomatie selber verkürzen will.

Die anfangs so verstiegen rosige Stimmung in den englischen politischen Kreisen ist also merklich abgeklappt. Eine Meldung der „Times“ aus Washington zeigt sogar, daß sie schon ins Graue spielt. Aus Washington wird der „Times“ geschrieben:

Der Präsident hat durch seine Weigerung, zu protestieren und den amerikanischen Rednern zu raten, wie sie am besten der Gefahr entgegenzutreten könnten, Deutschland tatsächlich in den Stand gesetzt, seine Blockade vorübergehend effektiv zu machen, soweit sie amerikanische Schiffe betrifft. Wilson hat auch über seine zukünftige Politik keine klaren Andeutungen gegeben. Nach dem Kabinettsrat am letzten Freitag wurde nur gesagt, daß, wenn es zum Kriege käme, Amerika lediglich einen Verteidigungskrieg führen werde. Der Kongreß brauche daher nicht seine Zustimmung zu einer Kriegserklärung zu geben, sondern habe nur solche Schritte gutzuheißen, die der Präsident für nötig erachtet, um mit Hilfe der Flotte die Mittel zum Schutze der amerikanischen Seeleute und des amerikanischen Handels zu finden, wie er in seiner Botschaft sagte.

Dieser Kennerung der „Times“ steht die grimme Ungewissheit an der Stirn geschrieben, und vollkommene Zufriedenheit wird bei den Ungeduldigen in England vielleicht auch das noch nicht auslösen, was Staatssekretär Danson am Sonnabend, wie die „Frankfurter Zeitung“ aus New York meldet, gesagt hat. Er sagte nämlich auf einem Bankett: „Wir dürfen die Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß wir dicht vor dem Kriege stehen, aber die Hoffnung ist allgemein, daß es dem Danke export bleibe, in den Konflikt hineingetrieben zu werden. Es ist auch der Wunsch und das Bestreben der Regierung, den Frieden zu erhalten.“

Dicht vor dem Kriege! In diesen Zeiten, wo Missionen keine nützliche Speise sind, hat man solche Worte, die in politischer Absicht gesprochen sind, als das Wichtigste herauszuheben. Die diplomatischen Beziehungen sind in aller Form abgebrochen, und nur ein Schritt noch trennt vom Kriege. „Es wird nicht verhandelt.“ schreibt der „Lokalanzeiger“ gestern über eine Notiz, die von der Meldung fremder Blätter Mitteilung macht, der Washingtoner Ministerrat beschäftige sich mit Anregungen europäischer Neutralstaaten, die darauf abzielen, von der deutschen Marineleitung gewisse Erleichterungen im Seeverkehr zu erlangen. Also ein Versuch, der Öffentlichkeit beizubringen, daß es diesseits des Ozeans immer noch Neutralität gäbe, die in Amerika die Vormacht und den Sachwalter der neutralen Angelegenheiten sehen möchten. Der „Lokalanzeiger“ erledigt indes die Meldung mit der Bemerkung: „von solchen Verhandlungen sei in Berlin nichts bekannt“.

Chile bleibt neutral.

Berlin, 13. Februar. Heute hat der hiesige chilenische Gesandte Dr. Cruzaga im Auswärtigen Amt die Note überreicht, durch welche die chilenische Regierung ihre Antwort auf die deutsche Mitteilung über die neuen Maßnahmen für den U-Boot-Krieg übermitteln. — Die chilenische Note stimmt inhaltlich mit der Mitteilung überein, die der chilenische Minister des Auswärtigen vor einigen Tagen an den kaiserlichen Gesandten in Santiago gerichtet hat. Wie bereits aus den von uns wiedergegebenen telegraphischen Nachrichten zu entnehmen war, beschränkt die chilenische Regierung sich darauf, einen Protest zu formulieren und gleichzeitig zum Ausdruck zu bringen, daß sie sich alle die Rechte vorbehalte, die einen Bestandteil ihrer bisher beobachteten Neutralität bilden, welche letztere sie auch weiterhin anrecht zu erhalten gedenkt.

Notiz des B. L. Z.: In Deutschland hatte man im Hinblick auf die Festigkeit und Unabhängigkeit, die stets ein Vorzeichen der internationalen Politik Chiles waren, begründeten Anlaß, von diesem Lande die in seiner Note zum Ausdruck gebrachte Haltung unbeeinträchtigt zu erwarten, die am besten der seit altertümlichen zwischen den beiden Ländern bestehenden friedlichen Beziehungen entspricht.

Snowden über die Kriegsziele der Entente.

Angriff, Vernichtung und Beherrschung.

Der bekannte englische Sozialist und Friedensfreund Philipp Snowden veröffentlicht im „Labour Leader“ vom 18. Januar einen Aufsatz, in dem die Antwort der Entente an Wilson in folgender Weise gekennzeichnet wird:

Die von den Alliierten angegebenen Bedingungen sind nicht „Wiederherstellung, Wiedergutmachung und Bürgschaften“, sondern „Angriff, Vernichtung und Beherrschung.“ Erwidert man die wahre Wirkung der Forderung der Verbändmächte auf Gebietsgestaltungen, so kann kein Zweifel darüber abwarten, daß sie einer fast tatsächlichen politischen Vernichtung einiger der Mittelmächte gleichkommen. Die europäische Türkei soll gänzlich verschwinden. Die Befreiung der Italiener, Slaven, Rumänen und Tschechoslowaken von fremder Herrschaft“ bedeutet tatsächliche Zerstörung Oesterreich-Ungarns und Bulgariens. Die Wiederherstellung der den Alliierten in früheren Jahren entzogenen Provinzen bedeutet die Rückgabe Elsass-Lothringens, Schleswigs und Russisch-Polens an Frankreich, Dänemark und Rußland....

Die unausrichtigen und unwahren Kommentare der britischen Presse zu der Antwort der Verbändmächte, können die Tatsachen weder verschleiern noch ändern. Und es ist eine Tatsache, daß alle vernünftigen Menschen in unserem Lande — schon ganz abgesehen von den Friedensfreunden — über den Charakter der alliierten Bedingungen entsetzt sind. Dies ist auch die Auffassung der neutralen Völker. Die Bedingungen sind derart, wie sie von einer vollständig siegreichen Macht einem vollständig besiegten und kapitulierenden Feinde diktiert werden.

Die Gespräche, die man darüber in den Klubs und in politischen Kreisen hört, sind gänzlich verschieden von den Zeitungen der Zeitungen. Die Alliierten haben der Friedensbewegung unter den Völkern der Mittelmächte einen schändlichen Schlag versetzt. Da nun die wirklichen Ziele der Verbändmächte in einer Zerstückelung der Mittelmächte bestehen, so wird es für die deutschen, österreichischen, ungarischen und bulgarischen Sozialisten eine schwere Aufgabe sein, ihre Friedenswerk fortzusetzen....

Die Voraussage Snowdens hat sich nach bestätigt. Denn die Gegner der sozialdemokratischen Friedensarbeit in Deutschland überschlugen sich förmlich vor Freude über die Antwort der Entente, und die „Tägliche Rundschau“ schrieb ihren Artikel „Danke an Lloyd George“.

Die Sozialisten der Mittelmächte werden jeden geeigneten Augenblick ergreifen, um ihr Friedenswerk, das ihnen von den Staatsmännern der Entente aus der Hand geschlagen wurde, wieder aufzunehmen. Bis dahin sollte aber kein Zweifel daran bestehen, daß alle deutschen Sozialisten einig sein sollten in der Abwehr der feindlichen Vernichtungsabsichten, wie sie Snowden geschildert hat!

Die skandinavischen Gewerkschaften zur Einberufung eines internationalen Gewerkschaftskongresses.

Ueber die Stellungnahme der schwedischen Landeszentrale zu dieser Frage will „Socialdemokraten“ folgendes wissen:

Der Aufsatz Legiens wurde vom Landessekretariat am Montagabend (6. Februar) behandelt. Man war dabei vollständig einig, daß es unter den derzeitigen Verhältnissen weniger geeignet sei, eine gewerkschaftliche Konferenz einzuberufen, die, nach der Auffassung des schwedischen Landessekretariats, nicht eher zustande kommen darf, bevor nicht die Organisationen aller der gewerkschaftlichen Internationalen angeschlossenen Länder bestimmt vertreten sein können. „Es kann nämlich sehr wohl angenommen werden“, heißt das Blatt fort, „daß weder die Organisationen Englands oder noch weniger die Amerikas auf einer jetzt in der Schweiz veranstalteten Konferenz sich vertreten lassen würden. Aber eine Konferenz ohne Teilnahme solcher bedeutender Organisationen bekäme nicht die Zustimmung, die mit Rücksicht auf den erwünschten Zweck nötig erscheinen muß. Es darf auch stark in Zweifel gestellt werden, ob gerade jetzt der richtige Zeitpunkt zur Einleitung einer Zusammenarbeit, die eines Tages doch kommen muß, zur Ablösung des jetzigen Zustandes der Verwirrung und Rippenhandnisses gekommen ist. Um das Gerissene wieder

zusammenknüpfen zu können, kann es doch nicht gleichgültig sein, in welchem Augenblicke und unter welchen Umständen das erste Zusammentreffen von Vertretern der kriegführenden Länder stattfindet. Und vieles spricht dafür, daß der jetzige Augenblick wirklich nicht der geeignete sei.“

Das Blatt schließt: „Da das schwedische Landessekretariat jetzt Bedenken hegt und solche aus den gleichen Ursachen auch in der dänischen und norwegischen Gewerkschaftsbewegung gegen den schweizerischen, von Legien unterstützten Vorschlag entstehen könnten, dürfte ein Zustandekommen einer Konferenz zurzeit wohl noch ziemlich ungewiß sein.“

Es geht aus alledem hervor, daß die schwedischen Gewerkschaften der Einberufung nur für den Augenblick skeptisch gegenüberstehen. Dagegen haben die norwegischen Gewerkschaften ein zu ihm mündendes Telegramm an Legien geschickt, während über die Haltung der dänischen Gewerkschaften noch nichts Bestimmtes bekannt ist.

Der Krieg auf den Meeren.

176 925 Tonnen versenkt.

Bern, 13. Februar. (B. L. Z.) „Figaro“ veröffentlicht eine Aufstellung der Verluste der Handelsflotten der Alliierten und der Neutralen vom 1. bis 10. Februar. Die Aufstellung umfaßt insgesamt 58 Handelsschiffe der Alliierten und 32 der Neutralen mit zusammen 176 925 Tonnen.

Wolffs Bureau bemerkt dazu: Die Aufstellung stützt sich lediglich auf Lloydmeldungen und läßt die große Anzahl der selbst in der französischen Presse verurteilt gemeldeten Schiffe außer acht. Trotz der zu niedrig gegriffenen Angaben glaubt aber „Figaro“ seine Leser mit der Hoffnung vertrösten zu müssen, daß die U-Boot-Tätigkeit nicht lange auf solcher Höhe bleiben könne.

Nach einer anderen auf Lloyds gestützten Meldung, die die Kriegsmeldung gestern übermittelte, sind seit dem 1. Februar 39 englische Fracht- oder Passagierschiffe mit 137 414 Tonnen versenkt worden. Bekanntgegeben wurden nur die bisher einwandfrei feststehenden Verluste.

Diese Meldung gibt der Ansicht, daß die Angaben des „Figaro“ hinter der Wahrheit zurückbleiben, eine gute Stütze.

Berlin, 13. Februar. Am 8. Februar wurde bekannt gegeben, daß ein rückkehrendes U-Boot im Atlantischen Ozean zehn Schiffe mit 19 000 Tonnen Gesamttonnage versenkt habe. — Unter diesen befanden sich zwei Schiffe von 4900 Brutto-Registertonnen mit Getreide und Lebensmitteln, aus dem 2300 Brutto-Registertonnen mit Salpeter nach England, zwei Schiffe von 5000 Brutto-Registertonnen mit Kohlen nach Gibraltar beziehungsweise für die italienische Staatsbahn und ein Schiff von 2100 Brutto-Tonnen mit Öl nach Queenstown. Von dem U-Boot wurde ein englischer Frisieroffizier von einem holländischen Dampfer heruntergeholt.

Nach neuingegangener U-Boot-Meldung wurden ferner versenkt sechs Dampfer und ein Segelschiff von insgesamt

25 000 Brutto-Registertonnen.

Die Seesperre.

Amsterdam, 13. Februar. (Telefun.) Die „Handelsblad“ aus Amsterdam berichtet, sollen vorläufig keine Schiffe der General Steam Navigation Company aus London in Amsterdam eintreffen. Der Verkehr wird über Rotterdam geleitet werden.

Karlsruhe, 13. Februar. (Lokal-Anz.) Die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet, daß England einen großen Teil seiner Flotte zu Patrouillendiensten auf der Strecke von der Nordküste Schottlands zu den Faröer, Island und Grönland hinaus zusammengezogen habe. Jedes neutrale Handelsschiff, das der englischen Aufforderung, Kirkwall anzulaufen, nicht Folge leistet, wird von den Kriegsschiffen nach England gebracht.

Lars Kruse.

Kopenhagen, 13. Februar. (B. L. Z. Privattelegramm.) Nach variirten Meldungen hat der einzige Überlebende von der Besatzung des dänischen Dampfers Lars Kruse, der Maschinenwärtler, erklärt, er könne nicht angeben, ob das Schiff durch eine Mine oder einen Torpedo versenkt worden sei.

Die Verluste der Laurentic.

London, 9. Februar. Die Verurteilten der Blätter vom 1. bis 8. Februar enthalten die Namen von 215 Seeleuten, die mit dem Hilfskreuzer Laurentic umliefen.

Torpedoboot V 69.

Haug, 12. Februar. Amisch. Anlässlich der Abreise des deutschen Torpedobootes V 69 teilen die Ministerien des Meeres und der Marine folgendes mit: Nach Artikel 6, erster Absatz der Neutralitätsklärung dürfen Kriegsschiffe der Kriegführenden in das niederländische Rechtsgebiet kommen, wenn sie durch Havarie dazu gezwungen werden; sie müssen wieder abfahren, sobald die Ursache des Einlaufens zu bestehen aufgehört hat. Nach dem Artikel 6 der Erklärung, der mit dem Artikel 17 der 18. Haager Konvention gleichlautend ist, dürfen die Schiffe ihre Havarie nur soweit ausbessern, als für die Sicherheit der Fahrt unbedingt notwendig ist, aber nicht auf irgendwelche Weise ihre Kampfkraft vermehren. Entsprechend diesen Bestimmungen hat die niederländische Regierung festgestellt, welche Reparaturen zulässig waren und innerhalb welcher Zeit diese beendet sein mußten. Die in Holland zurückgelassenen Seeleute müssen nach dem Artikel 15 der 10. Haager Konvention interniert werden.

Versenkt.

London, 13. Februar. Lloyds Bureau meldet: Der englische Dampfer Uda, ferner der griechische Dampfer Agios Spiridon (1019 Tonnen), der englische Dampfer Lheia (2715 Tonnen) und der Fischereidampfer Ostrich (148 Tonnen) sind versenkt worden.

London, 12. Februar. Neuter meldet: Das Segelschiff Uda ist durch Geschützfeuer eines feindlichen Umlaufbootes versenkt worden. Die Mannschaft ist gerettet. Der ehemals griechische Dampfer Agios Spiridon ist durch ein Umlaufboot versenkt worden. Fünf Mann der Besatzung wurden gerettet.

Bern, 12. Februar. Nach einer Honorat Depesche aus Amerika ist der Dampfer Luffiana, dessen Nationalität unbekannt ist, auf der Fahrt von Buenos Aires nach Genua vor der Hofeneinfahrt von Genua gescheitert.

Das Lesebuch der Erde.

Kunst und Kultur aus Urmenichzeit.

Die Wissenschaft von der Urgeschichte des Menschen ist noch nicht alt. Es sind noch nicht neunzig Jahre verstrichen, seit man sich zuerst in Frankreich, Belgien und England mit urgeschichtlichen Problemen zu beschäftigen begann.

Reiter haben Hauers Grabungen am 1. August 1914 ein jähes Ende gefunden. Beim Ausdruck des Krieges hatte der Gelehrte, den als Schweizer schon seine politische Neutralität vor Feindseligkeiten der französischen Bevölkerung hätte schützen sollen, die größte Nähe, aus der Dordogne, seinem Grabungsgebiet im Südwesten Frankreichs, ungefähr die Schweizerische Grenze zu erreichen.

Es gewährt hohen wissenschaftlichen Reiz, dem Forscher in seinen Schilderungen und Schlussfolgerungen zu folgen, ihm zuzuhören, wenn er uns erzählt, was er gelesen hat im Lesebuch der Erde. Seit Beginn der Grabungen, so erzählt Hauers, lauschte ich der Sprache der Kunde. Sie sind nur aus leblosem Stein, aus von Luft und Sonnenlicht arg mitgenommenem Feuersteinmaterial, aber sie haben einstmals, vor hunderttausend Jahren, in der Hand eines Menschen geruht, sind von diesem und welch fremden Menschen bearbeitet worden.

der gleichen Schicht bald wunderschöne Kacheln aus Knochen und Elfenbein mit einer stahlnadelartigen Spitze und zierlich gebohrter Leiste: der Höhlenmensch hat die Felle erlegter Tiere zum einfachen, aber schützenden Gewande genäht. Ein kleiner Stein ist ausgehöhlt, sieht aus wie ein Rädchen, und die Höhlung ist wie röhlich gefärbt. — O Wunder, gleich färbt sich der Finger rot, die Farbe ist noch heute wirksam; bald entdecken wir einen kleinen Klumpen roter Erde — es ist wirklich roter Ocker und hat dem Vorzeitemenschen zu gar mancherlei gedient.

Hauers grub in einer Siedlung aus der mittleren Quartärzeit — wenn wir ihr Alter ungefähr in Jahren ausdrücken dürfen, so an die 40 000 Jahre alt; die Kunde tragen alle den unerkennbaren Stempel ihrer Zeit. Da bedachte er plötzlich ein Ding ab, das sorgfältig im Innern des „Händchens“, so etwa in der „guten Stunde“, aufbewahrt lag, aber es stimmte da etwas nicht, der Fund gehörte einer weit älteren, mehr als dreifach so alten Epoche an.

So reißen sich die Letzter (die Kunde) mit den Sägen (Schichten) zu einem großen, gewaltigen Lesebuch, deren Werden und Vergehen, Aufbauen und Absterben in gewaltiger Sprache geschrieben.

Wie Rußland seine Dichter ehrt.

Vor kurzem erschien eine Studie eines schwedischen Gelehrten: Alfred Jenien über Taras Schewtschikow, dem ukrainischen Volksdichter, den Julia Virginia durch Lieberlegungen bei uns eingeführt hat. Er war der Sohn eines Leibeigenen; aber sein Genie bahnte ihm den Weg in die Freiheit, und sein Volk tauschte seinen Weissen, in denen die unterdrückte Seele der Ukraine schliefte.

Die russische Literaturgeschichte hebt in Sibiriens Eiswästen an. Der erste russische Schriftsteller, der Dissidentenpater Avakum, wurde im 17. Jahrhundert nach Sibirien verbannt, gepeinigt, im eisigen Winter in ein ungeheiztes Kerkerloch geworfen und schließlich nach Moskau zurückgeschleppt, um auf dem Scheiterhaufen zu enden. Unter Alexander I. schrieb Raditschew gegen die Leibeigenschaft. Er wurde zum Tode verurteilt, dann aber zur Verbannung nach Sibirien, mit Transport in schweren Ketten, verurteilt. Raditschew's Verleger, der angegebene Schriftsteller Madow, wurde lebenslanglich in der Sibirischen Kaserne eingekerkert. Karamsin, der Vermittler ausländischer Dichtung, sollte zum Tode verurteilt werden,

weil er unter die Jugend das Gift der Fremdenverehrung gesät. Der zarte Anshajew wurde unter Alexander I. als Mitglied eines Geheimbundes gehängt. Puškin war reif für Sibirien; Freunden gelang es, das Urteil in Verbannung nach dem Kaukasus abzumildern. Der begabte Romantiker Bestuzew wurde vom Gardeoffizier zum gemeinen Soldaten im Kaukasus degradiert. Er wurde von Zhdereffensfädeln so zerlegt, daß die Leiche niemals gefunden wurde.

Pielinski der „russische Leising“, wurde, schwer leidend, zur politischen Verbannung verurteilt. Der Tod rettete ihn. Tolstojew, des größten russischen Weises, Schicksal ist bekannt. Er stand, zum Tode bestimmt, auf der Richtstätte, hörte das Urteil und dann, nach qualvollen Augenblicken des Todesgrauens, die Vergnügung, die zehnjähriger sibirischer Kerker hieß. In Sibirien übte auch Plešchajew seine freirechtliche Gesinnung. Michailow, der Heine-Lieberleger, folgte dorthin. Turgenjew wurde wegen eines Nachrufes auf Gogol in Haft gesetzt und später für zwei Jahre auf sein Gut verbannt. Korolents, der Entdecker Gorkis, war ebenfalls in Sibirien; später trugen ihm seine sibirischen Dichtungen die Mitgliedschaft der Petersburger Akademie ein. Tolstoj's Verbannter blieb unangefastet. Immerhin wurde er mit dem Kirchenbann und seine Schriften mit Verbotsbesatz belegt. Kerler und Verbannung, dies russische Dichterschicksal, traf unter moskowitzischem Regiment auch die Dichter Polens: Nowacki, Goslawski, Walinski, Czajkowski usw.

Die riesige Sonnenflecken-Gruppe.

Wie schon gemeldet, ist in den ersten Februartagen am Ostrand der Sonne in der nördlichen Zone eine gewaltige Fleckenmasse aufgetaucht, die sich beim Fortrücken während der 20 1/2-tägigen Sonnenrotation alsbald zu einem ungeheuren Eruptionengebiet entsaltete, das für scharfe Augen auch schon ohne Anwendung eines Fernrohres lediglich im abgeblendeten Glase sichtbar war. Arthur Stenjel macht jetzt in der „Astronomischen Zeitschrift“ nähere Mitteilungen über diese Flecken-Gruppe. Am 8. und 9. Februar überdrehen sie den mittleren Sommermeridian und wird am 15. Februar den Westrand erreichen. In wesentlichen besteht die Gruppe aus zwei Hauptflecken, deren westlich vorangehender einen großen zerstückelten Kern und einen breiten östlichen Hof besitzt, während der östlich folgende und die Gruppe abschließende Fleck mehrere, von einem gemeinsamen Hofe umgebene Kerne zeigt. Dazwischen liegen zahlreiche kleine Flecken zerstreut. Als wahre Größen ergab die Messung folgende Werte: Gesamtlänge von West nach Ost 195 000 Kilometer; Länge des Westflecks 40 000 Kilometer. Breite dieses Flecks 30 000 Kilometer; Länge der Ostfleckenmasse 70 000, Breite dieser Masse 42 000 Kilometer. Zum Vergleich sei bemerkt, daß der Sonnendurchmesser 1 391 000, der Erddurchmesser 12 756 Kilometer groß ist. Im Vergleich mit der Ausdehnung dieser Flecken-Gruppe erscheint die Erde somit als ein unsehbarer Körper.

Kinder-Kinos in Norwegen und Schweden.

Um dem oft zweifelhaften oder geradezu verderblichen Einfluß des Kinos auf die Jugend zu steuern, trägt man sich in Norwegen und Schweden mit dem Gedanken der Errichtung eigener Kinder-Kinos. In Schweden will man dies in der Form tun, daß eigene Kinobühnen gegründet werden, die für die Jugend bestimmt sind, während man im übrigen die Lichtspieltheater dem der Jugend, etwa bis zum 17. Lebensjahre, überhaupt verschließen will. In Norwegen empfiehlt sich diese Form nicht, weil außerhalb der Hauptstadt nur an ganz wenigen Orten des Landes die Bevölkerung zahlreich genug ist, um die Begründung eigener Kinderkinos zu ermöglichen. Hier will man zu dem Auskunftsamt greifen, daß man in den Lichtspielbühnen Kindertage veranstaltet. Die Kinos für die Kindertage werden von der Zensur eigens ausgewählt. Die Kinos — die in Norwegen bereits zu erheblichem Teil verstaatlicht sind und früher oder später wohl allgemein in die Verwaltung der Gemeinden übergehen werden — sollen dann an den übrigen Tagen den Jugendlichen verschlossen bleiben. Bei der ungeheuren Beliebtheit, die die Kinos in Skandinavien genießen, würde eine Regelung des Verhältnisses der Jugendlichen zu den Lichtspielbühnen von großer Bedeutung sein; und wenn der Versuch mit Kinderkinos im Norden günstig ausfällt, so steht zu hoffen, daß auch bei uns sich eine Regelung in ähnlicher Weise wird ermöglichen lassen.

Notizen.

— Das Lustspielhaus wird im März ein 14tägiges Gastspiel in Düsseldorf und an den Theatern der Westfront geben. Aufgeführt werden: „Der Widerpenstige Jährling“, „Deutsche Kleinfäden“ und die Operettenposse „Loge Nr. 7“.

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeieroman von Gabejela Sefolska.

Die Demut des Bauern erregte Tagejew's hysterische Natur immer mehr.

„Schweig,“ schrie er und stieß mit dem Fuße nach dem Bauern. Aber Gnat war zur rechten Zeit ausgewichen, er sprang nun auf und eilte zur Tür.

„Scher dich fort,“ rief Tagejew, „und verlaß sofort die Stadt. Unterstehst du dich, zu erzählen, daß man dich auf dem Wall ausgeplündert hat, so wirst du sofort in Haft genommen.“

„Ich sage kein Wort, erlauchtester Herr Polizeimeister,“ stammelte der Bauer, am ganzen Leibe zitternd und die Türflinke suchend. Endlich öffnete er die Tür zum Flur.

„Fort mit ihm,“ schrie Tagejew.

Vedor Semipudow sich bewegte, wälzte der Bauer sich in seinen schweren Stiefeln die Treppe hinunter.

Der ganze Flur war voll von Wartenden. Da waren Juden, Jüdinnen, Bauern und Kaufleute. Zwei anständig gekleidete Herren warteten vergebens an der Wand. Tagejew erkannte Nordfo Leinbram, der blaß und mismutig im Flur stand. Neben ihm flüsternte Jossela Pintas, die Geige unter dem Arm, mit einem Kaufmann, der verlegen an seinem Parte zupfte und zohörte.

„Nordfo Leinbram,“ rief Tagejew.

Frumeles Mann trat ohne Spur von Erregung ins Vorzimmer.

„Du hältst eine Person ohne Paß?“ begann er.

Leinbram streckte ihm die Hand entgegen, die er bisher in der Manteltasche versteckt hatte. Er übergab Tagejew einen Zehnrubelschein und sagte:

„Jawohl, Herr Polizeikommissar.“

Dieser sprang auf, wie von einer Waise gestochen.

„Was denkst du dir?“ schrie er, „zehn Rubel steckst du mir zu? Bist du verrückt geworden?“

„Ich muß ja Herrn Markowski auch fünf geben,“ erwiderte der Jude phlegmatisch,

„Das geht mich nichts an, ich habe mehr Kosten, wenn ich Leute ohne Paß in der Stadt halte. Fünfundzwanzig muß ich haben... anders kann ich's nicht machen! Sonst wird die Person in 24 Stunden zurückpediert... hörst du?“

Der Jude zwakte nicht. Er schien etwas zu berechnen und zu überlegen.

„Ich gebe noch drei Rubel zu, aber nicht eine Kopeke mehr,“ sagte er schließlich langsam und bestimmt.

Tagejew fühlte, daß Leinbram wirklich nicht mehr Schmiergeld zahlen würde.

„Na... Ich tue das noch einmal für dich, du Schurke, aber es ist das letzte Mal. Kassiert es noch einmal, so kostet es fünfundzwanzig. Schick mir Frumele her, sie soll mir auch Rum mitbringen.“

Der Jude gab dem Polizeimeister das Geld.

„Sie wollten ohnehin heute herkommen und um Konzession bitten, das Haus bis zwei Uhr offen halten zu dürfen,“ sagte er.

Tagejew blähte die Lippen auf.

„Ach, ihr Lumpenpaar,“ erwiderte er, „ihr habt ja nicht nur bis zwei, sondern bis zum Morgen auf. Aber ihr sollt wissen, eines Tages komme ich hin und schaffe Ordnung.“

Leinbram versenkte seine ruhigen Fischeaugen in Tagejew. Sobiel Selbstbewußtsein sprach aus ihm, daß Tagejew verlegen wurde.

„Es ist doch besser,“ stammelte er, „wenn Ihr wirklich von mir die Erlaubnis bekommt und Euch nicht zu verstecken braucht wie bisher.“

„Wir verstecken uns nicht,“ erwiderte der Jude phlegmatisch.

„Trochdem.“

„Jossela sprach uns schon davon... aber er nannte eine Summe. Der Herr Polizeimeister sollen hundert Rubel verlangen.“

Er sprach offen, unerbötlich und zynisch.

„Das ist ohnehin billig,“ erwiderte Tagejew, „ich habe große Unkosten.“

Er wollte augenscheinlich noch einen Wortwand vorschützen, aber Leinbram zwakte die Achseln.

„Hundert Rubel haben wir nicht!“

Tagejew hielt seine Faust plötzlich Leinbram vor die Nase.

„Nun, wenn Ihr kein Geld habt, werden wir dahinter sein, daß Ihr zur gegebenen Zeit schlief.“

Leinbram wich nicht von der Stelle.

„Hundert Rubel haben wir nicht!“

„Dann schick dich fort! Frumele soll herkommen! Du hast keine Ahnung, du ausgemergelter Nalunke! Es ist ja auch ihr Geschäft!“

Der Jude bohrte seine scharfen Augen wie zwei Messer in Tagejew und beerlich das Zimmer. An der Schwelle kauerte Jossela.

„Ich habe dem Herrn Polizeimeister zwei Worte zu sagen. Darf ich?“

Tagejew ließ ihn herein. Jossela sah am Tage noch schmutziger aus als in der Nacht und verbreitete einen üblen Geruch.

„Ich habe ein gutes Geschäft oder sogar mehrere gute Geschäfte!“

„Rede, du Stinker!“

„Au wei, was für ein häßliches Wort! Dabei bemüht sich Jossela nur für den Herrn Polizeimeister. Ich habe mir ausgedacht, man könnte zu allen Kaufleuten und Bürgern den Befehl ergehen lassen, neue Flaggen anzuschaffen.“

„Sie haben ja erst vor zwei Jahren welche angeschafft!“

„Nu, die sind schon schlecht! Am Feiertag sieht es häßlich aus, wenn in der Stadt abgenutzte Flaggen hängen. Mögen sie doch neue kaufen.“

Tagejew begann aufmerksam zuzuhören.

„Ich habe die Sache mit Isak Feinbube schon besprochen. Er läßt die Flaggen anfertigen und der Herr Polizeimeister werden ansagen, daß die Leute nur bei Feinbube die Flaggen kaufen dürfen. Die anderen werden von den Polizisten heruntergerissen.“

Tagejew schwieg. Dieses Geschäft leuchtete ihm ein, es konnte ein paar hundert Rubel einbringen.

„Wieviel gibt er pro Flagge?“ fragte er mit gedämpfter, fast achlungsvoller Stimme.

„Einen Rubel!“ sagte Jossela und blinzelte mit seinen entzündeten Augen.

(Fortf. folgt.)

England will Handelstauchboote bauen.

Rotterdam, 18. Februar. Die Größe der Bestürzung in England über die Wirksamkeit des deutschen U-Boot-Krieges geht aus der Tatsache hervor, daß „Daily News“ bereits ernstlich vorschlägt, England solle nach deutschem Vorbild sich Handelsstauchboote durch den Amerikaner Ford bauen lassen. Das englische Blatt empfiehlt diesen Vorschlag in der Erwägung, daß ein Handelsstauchboot vor U-Boot-Gefahr verhältnismäßig sicher sei.

Die Kämpfe bei Serre.

Englischer Heeresbericht vom 12. Februar. Wir streifen in der letzten Nacht nördlich der Ancre in der Nachbarschaft von Beaucourt an der Straße nach Pridieu (Wuisseux) weiter vor, wo wir 600 Harde feindliche Gräben ohne Schwierigkeit besetzten. Zu Beginn der Nacht griff der Feind unsere neue Stellung südlich von Serre an, der Angriff wurde durch unser Artillerie- und Maschinengewehrfeuer leicht abgewiesen. Ganz dabei weiter kleinere Vorstöße und fügt hinzu, daß erfolgreiche Beschießungen nördlich der Somme in der Nachbarschaft von Armentières und Ypern stattgefunden hätten.



Zu den Kämpfen um Serre.

Kleine Kriegsnachrichten.

Schutz der britischen Interessen in Deutschland. Im Unterhaus teilte ein Vertreter des Auswärtigen Amtes mit, daß die niederländische Regierung den Schutz der britischen Interessen in Deutschland übernommen habe, und daß von dieser Regierung zweifellos in angemessener Zeit Vorkehrungen getroffen werden würden, die Lager britischer Kriegsgefangener in Deutschland zu befreien.

Das ungarische Blatt „A Nap“ erscheint wieder. Der Minister des Innern hat das Erscheinen des Blattes „A Nap“, das wegen eines Verdicts über Revolutschüsse im ungarischen Abgeordnetenhaus verboten worden war, wieder gestattet.

Uegen den Schmuggelhandel in Holland. Die holländische Kammer hat eine Gesetzesvorlage zur strengeren Unterdrückung des Schmuggelhandels während des Krieges angenommen.

Dschawid Beh hat in dem neuen Kabinett Talant das Finanzministerium übernommen.

Politische Uebersicht.

Abgeordnetenhaus.

Leuerungszulagen und Kriegsmobilfabrikpfliege.

Die Dienstagsitzung des Abgeordnetenhauses wurde fast ganz mit der Beratung von Fragen ausgefüllt, die mit den Kriegsteuerungszulagen im Zusammenhang stehen. Zunächst sprach man in zweiter Lesung den Zentrumsantrag auf Steuerfreiheit der Kriegsteuerungszulagen. Herr Giesberts und in eingehender Rede Genosse Due traten dafür ein, daß auch die in Privatbetrieben bewilligten Leuerungszulagen frei von Staats- und Gemeindecinkommensteuer sein sollen. Der sozialdemokratische Redner gab dabei eine nicht durchaus erfreuliche Uebersicht über das, was in der Privatindustrie gezeihe ist, um der ungeheuren Leuerung einigermassen Rechnung zu tragen. Er schloß mit der Forderung gerechter Parität für alle Arbeiter im Privat- und Staatsbetriebe. — Der Finanzminister wendete sich in entschiedenster Weise dagegen, daß auch private Leuerungszulagen steuerfrei gemacht werden sollen, da dies zu den schwerigsten Folgen führen könnte und zu ewigen Streitfragen darüber, was Leuerungszulage, was laufende Gehaltsaufbesserung und was Wehrverdienst sei. Das Haus verwarf schließlich alle Anträge an den Haushaltsauschuss zurück.

Mit der darauf folgenden zweiten und dritten Lesung des 200-Millionen-Kredits zu Staatsbeihilfen für die Kriegsmobilfabrikpfliege der Gemeinden wurden Zentrumsanträge verbunden, die auch den in der Heimat und zurückgebliebenen Offizieren und Militärbeamten Kriegsteuerungszulagen und den zum Heeresdienst eingezogenen Staatsarbeitern Kinderbeihilfen gewähren wollten. Ein ähnlicher Antrag, der sich auch auf die Volksschullehrer erstreckt, soweit sie als Mannschafspersonen dienen, war vom Ausschuss gestellt worden. In die ausführliche Debatte griff Genosse Veinert mit einer Rede ein, in der er abermals die Mängel der gemeindlichen Kriegsmobilfabrikpfliege besonders in den Kleinstädten und Landkreisen nachwies, um schließlich eine ausreichende Erhöhung der Familienunterstützung zu fordern.

In der Debatte war mit vollem Recht auch auf die ungeheure Belastung hingewiesen worden, die den Gemeinden durch die Auszahlung der Reichsunterstützung und durch die sonstige Kriegsfürsorge erwächst, ohne daß Reich und Staat die von ihnen übernommenen Verpflichtungen den Gemeinden gegenüber auch in entsprechendem Maße erfüllen. Nach langer Debatte wurde der Gesekentwurf selbst einstimmig angenommen, von den Anträgen jedoch nur der des Ausschusses.

Das Haus begann dann noch mit der zweiten Lesung des Etats und erledigte einige der kleinen Etats. Bei der Münzverwaltung klagte ein Konservativer über den Mangel an Kleingeld und beim „Staatsanzeiger“ bemängelte ein Nationalliberaler dessen parlamentarische Berichtserstattung.

Am Mittwoch beginnt die Beratung des Etats des Innern.

Serrenhaus und Diätengesek.

Man erinnert sich noch, daß die Konservativen des Abgeordnetenhauses das neue Diätengesek, das die Abgeordnete-

ten zu regelmäßigerer Beteiligung an den Sitzungen veranlassen soll, gern zu Falle gebracht hätten, was ihnen aber nicht gelungen ist. Nun scheint aber die Rechte des Herrenhauses das Kriegsbeil schwingen zu wollen. In der gestrigen, sonst ganz ereignislosen Sitzung des Herrenhauses forderte nämlich der Herr v. Buch sehr entschieden, daß über gewisse grundlegende Fragen im Plenum geredet werde, offenbar um der Rechte des Herrenhauses den Rückhalt der — Öffentlichkeit zu verschaffen. Für die Linke hat Fürst Sayfeldt, doch die Vorlage gleich einem Ausschuss zu überweisen, aber Herr v. Buch will auf eine erste Lesung nicht verzichten und wenn sich dann eine Ausschussberatung als wünschenswert erweist, will er sie allenfalls zugestehen. Gegen die Linke wurde dann der Antrag v. Buch angenommen, wobei links sogar ein Zwischenruf fiel. Die Debatte wurde einstweilen ausgesetzt.

Alles übrige wurde ohne Debatte erledigt, sogar die Hiberniavorlage. Aus den Mitteilungen des Verichterstatters über den vom Abgeordnetenhaus angenommenen Gesekentwurf auf Befestigung der disziplinarer Arreststrafe für Unterbeamte hörte man, daß der Minister diese Strafe zur Sicherung der Disziplin der Schulleute und Feuerwehrmänner immer noch für nötig hält. Selbst das Herrenhaus war nicht dieser Meinung und trat dem Gesekentwurf bei.

Am Schluß wünschte Fürst Sayfeldt, daß der Etat rechtzeitig vom Abgeordnetenhaus — man möchte fast sagen „geliefert“ werde, denn in diesem Jahre habe das Herrenhaus keine Lust, ihn en bloc anzunehmen. Es ist im Augenblick nicht recht zu erkennen, was für die Staatsberatung so Besonderes geplant sein könnte. Erst am 8. März wird sich das Herrenhaus wieder versammeln. Das Diätengesek liegt so lange auf Eis.

Getvalt gegen Verständigung.

Ueber die Meldung, daß dem Zustandekommen einer Internationalen gewerkschaftlichen Konferenz in der Schweiz nichts mehr im Wege steht, ist die „Deutsche Tageszeitung“ außerordentlich ungehalten. Sie schreibt:

Wir können uns unterseits den Zeitpunkt einer solchen internationalen Konferenz nur möglichst unglücklich gewählt finden und vermögen nicht einzusehen, daß es im deutschen Interesse liegen könnte, wenn gegenwärtig Vertreter beträchtlicher Gruppen des deutschen Volkes mit entsprechenden Vertretern des feindlichen Auslandes verhandeln. Wir würden es deshalb für das Gegebene halten, wenn die deutsche Regierung für einen solchen Zweck Auslandsbotschaften verweigerte. Dieser Schritt läge um so näher, als die sozialdemokratische Friedenspropaganda uns nicht nur im allgemeinen schon genug geschadet hat, sondern auch die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie sich kürzlich, beim Besuch der Abgeordneten Scheidemann und Ebert in Holland, nicht scheut haben, notwendigen und wohlbegründeten Maßnahmen der deutschen Heeresverwaltung in den Rücken zu fallen.

Die Ansichten darüber, was dem deutschen Volke nützt und was ihm schadet, sind nun einmal sehr verschieden, und wir geben nach jahrelangem fruchtlosem Disput jede Hoffnung auf, uns mit der „Deutschen Tageszeitung“ hierüber zu verständigen. Eins aber ist sicher: nichts könnte dem Ansehen Deutschlands mehr schaden, als wenn die Regierung sich auf den Boden der von der „Deutschen Tageszeitung“ befürworteten Maßregel stellte und den Vertretern der deutschen Arbeiterschaft die Hände verweigerte. Es ist der denkbar schlechteste Rat, wenn man der Deutschen Regierung zumutet, das Odium auf sich zu nehmen — womöglich im Gegensatz zu den Regierungen der feindlichen Länder —, das Zustandekommen einer internationalen Verständigungskonferenz der organisierten Arbeiterschaft verhindert zu haben. Wir glauben auch nicht, daß eine Regierung, die eben erst durch ihr Friedensangebot ihren eigenen ernstesten Verständigungswillen gezeigt hat, derartiges tun kann, ohne sich mit sich selbst in schwersten Widerspruch zu setzen.

Vatocki und der Staatskommissar.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet:

Die Ernährungsfragen haben in der letzten Zeit das Preussische Staatsministerium eingehend beschäftigt. Nach Verhandlungen unter den beteiligten Ressorts hat gestern eine Sitzung des Staatsministeriums stattgefunden, in der über organisatorische Maßnahmen wichtige Beschlüsse gefaßt worden sind. Es ist in Aussicht genommen, die auf dem Gebiete der Volksernährung während des Krieges existierenden oder noch zu existierenden Preussischen Landesstellen (Landesgetreideamt, Landesfleischamt usw.) der Leitung eines besonderen Staatskommissars zu unterstellen und ihm die den beteiligten Ministern zustehenden Aufsichtsbefugnisse zu übertragen. Gleichzeitig wird dieser Staatskommissar mit dem Kriegsernährungsamt in enge Verbindung gebracht werden. Durch diese Regelung wird ein schnelles und einheitliches Zusammenarbeiten zwischen dem Kriegsernährungsamt und der preussischen Verwaltung gesichert.

Man vernimmt mit lebhaftem Interesse, daß jetzt, im siebenten Monat des dritten Kriegsjahres „ein schnelles und einheitliches Zusammenarbeiten“ zwischen dem Reich und Preußen gesichert werden soll. Damit wird bestätigt, was der „Vorwärts“ unauffällig behauptete, daß nämlich ein solches Zusammenarbeiten bisher nicht bestanden hat, sondern daß das Verhältnis, das bisher bestand, eher als Gegenteil von Zusammenarbeiten bezeichnet werden konnte.

Ueider berichtigt die jetzt in Aussicht gestellte Veränderung nicht zu der Hoffnung, daß auf diesem sehr weiten Felde endlich einmal klarer Wandel geschaffen werden soll. Das ist auch kaum möglich, solange das alte Erbüdel der Reichsverfassung, der preussische Doppelzentralismus, weiter fortbesteht. Auch jetzt sollen wir zum deutschen Rohungsmittelkurator nach einen preussischen bekommen, und statt daß mit den preussischen Parallelämtern aufgeräumt wird, wird von den „noch zu errichtenden“ gesprochen. Die Möglichkeit ist nicht von der Hand zu weisen, daß sich der neue neben Vatocki gestellte Staatskommissar zu einem Igl, preussischen Gemungungskommissar entwickeln könnte, daß er also hoch das bisher von Herrn v. Schorlemer innegehabte Amt übernimmt.

Die Etatdebatte im Reichstag wird wohl noch Gelegenheit bieten, diese nicht unwichtige Angelegenheit eingehend zu erörtern.

Die sauren Trauben.

Sie uns aus Spandau mitgeteilt wird, hat eine Delegiertenversammlung des „Spandauer Staatsarbeiter-Verbandes“ am Sonntag beschlossen, die Kandidatur Fortenbacher im Wahlkreis Spandau-Osthavelland zurückzuziehen. Damit hat die im Januar der Öffentlichkeit mit großem Lärm veränderte gelbe Kandidatur ein jähes Ende genommen. Wenn allerdings zur Begründung des kläglichen Rückzugs in dem Beschluß gesagt wird, daß man mit Rücksicht auf die Aufstellung einer sozialdemokratischen Mehrheitskandidatur den Burgfrieden wahren wolle, so kann diese Erklärung nur Fehlleistungen erweisen. Wodurch hätte es geschehen, die Kandidatur Fortenbacher würde unter allen Umständen, selbst undelamert um etwaige bürgerliche Kandidaturen, aufrechterhalten werden. Wenn die gelben Wahl-

mancher jetzt trotzdem ihr Banner einziehen, so geschieht das offenbar nur, um einer vernichtenden Wahlniederlage aus dem Wege zu gehen. — Um das Gesicht zu wahren, hat die Delegiertenversammlung dann noch beschlossen, als Ersatz für den jetzigen Verzicht bei der nächsten Hauptwahl nach Friedensschluß mit allen Mitteln die Vertretung im Reichstag durch einen „bürgerlichen Arbeiterkandidaten“ anzustreben. Na, wir werden es abwarten.

Aus dem Dreiklassen-Parlament. In den nächsten Tagen wird für das preussische Abgeordnetenhaus voraussichtlich ein „Giltpräsident“ gewählt werden müssen, da sowohl der Präsident Graf Schwerin-Löwitz als auch sein Stellvertreter Dr. Porck für einige Zeit verhindert sein werden, an den Verhandlungen teilzunehmen. Nach Plattermeldungen ist Freiherr von Jedlich für den Posten ausersehen.

Letzte Nachrichten.

Ein englischer 12 000 Tonnen-Dampfer versenkt!

London, 13. Februar. Neuntermeldung. Der Passagierdampfer der White-Star-Line Afric (11 990 Deutsches Registertonnen) ist versenkt worden. Siebzehn Mann der Besatzung werden vermisst.

erner meldet Lloyds, daß das Motorboot Korweg versenkt und die Besatzung gelandet wurde. Das Fischerfahrzeug Athenian und die Barz Lechevicaria wurden versenkt. Die Besatzung des Athenian wurde gelandet.

Bei der Versenkung des Withe-Star-Dampfers Afric wurden fünf Personen getötet.

Ein vernünftiger Amerikaner.

Kopenhagen, 13. Februar. Der Schiffsahrtslehrer zwischen den Vereinigten Staaten und Dänemark wird wahrscheinlich am Donnerstag wieder aufgenommen werden. Der Dampfer „United States“ wird als erster die seit Anfang des Monats völlig unterbrochen gewesene Amerikafahrt wieder aufnehmen. Es ist noch unbestimmt, ob das Schiff auch Post und Passagiere mitnehmen wird. Der Dampfer wird nicht in Kirkwall, sondern in Halifax distriert werden. Das Schiff wird nicht die Gefahrenzone zu durchqueren versuchen, sondern wird an der norwegischen Küste entlang über die Faröerinseln Kurs nehmen.

Kindisches Spiel mit bittererusten Dingen.

New York, 12. Februar. (Meldung der United Press.) Die unbefangenen amerikanischen Frachtdampfer Orleans und Rochester veranstalten ein Wettrennen über den Atlantischen Ozean um die Ehre, welcher von beiden zuerst in die gefährliche Zone einfährt.

Wiso ein Wettrennen um einen Kriegsgrund!

Das Abwehrmittel noch nicht gefunden.

London, 13. Februar. (Telunt.) „Daily Express“ wendet sich in längeren Ausführungen gegen die Behauptung gewisser englischer Kreise, daß die englische Marine nun genug Großkampfschiffe besitze und daß infolgedessen die Regierungswerkten an Stelle von Kriegsschiffen Handelsdampfer bauen müßten. Das Blatt ist der Meinung, daß zuerst für die Bekämpfung der U-Boot-Gefahr Sorge getragen werden müßte. Das könne nur durch den sofortigen Bau von Kriegsschiffen, besonders kleinerer Kreuzer, Torpedojäger usw. geschehen. Die Verlustziffer an Handelsdampfern beweise, daß England das Abwehrmittel für die neuen deutschen U-Bootboote noch nicht gefunden habe. Die Admiralität müsse dafür sorgen, daß England nicht wirklich belagert werde; das könne aber nur geschehen, wenn die Schiffe mit Lebensmitteln unter dem Schutz einer mächtigen Kriegsmarine ständen.

Notzfrei der französischen Reeder.

Bern, 12. Februar. „Koudeffiste de Non“ meldet: Der Hauptauschuss der französischen Reeder forderte die Regierung nochmals auf, den Schiffswerken unterzügig Material zum Bau von Handelschiffen zur Verfügung zu stellen, da sonst der Handel Frankreichs infolge der Versenkungen und des Mangels an Neubauten nach dem Friedensschluß in die kritischste Lage geraten würde.

U-Boot-Urube in Paris.

Paris, 13. Februar. Die letzten Ergebnisse des verschärften U-Boot-Krieges rufen in Paris Beunruhigung hervor. „Paris Mid“ und „Information“ fordern dringend, daß alle Maßregeln getroffen werden. „La France“ fragt: Wo stehen wir? Man muß wünschen, daß die Regierung schnellstens dem Parlament Erklärungen abgibt, damit den Gerüchten ein Ende bereitet wird, die die Öffentlichkeit nervös machen. Das Blatt fragt weiter: Welche Bedeutung hat der neue U-Boot-Krieg? Sind unsere Verteidigungsmittel wirksam? Werden die Neutralen die Schifffahrt forsetzen? Wohin gehen die Waren, die nicht zu uns gelangen? In welchem Maße wird die wirtschaftliche Notlage unserer Feinde erleichtert? Das Blatt fügt hinzu: Dies sind lauter Fragen, auf die wir genaue Antwort haben müssen.

Mit Erklärungen und Worten wird Frankreich schwerlich zu helfen sein.

Getreidemangel in Frankreich.

Bern, 13. Februar. Lyoner Blättern zufolge mußte infolge Getreidemangels in den Departements Haute Garonne und Lot eine Requirierung von Getreide- und Mehlvorräten auch in den privaten Haushalten angeordnet werden.

Englische Nationen auf dem Papier.

London, 13. Februar. Am Montag der vergangenen Woche stellte Lord Devonport die wöchentlichen Nationen für Voot auf 1900 Gramm oder 1360 Gramm Mehl, für Fleisch auf 125 Gramm und für Zucker auf etwas weniger als 340 Gramm fest. Das Volk kümmert sich jedoch so wenig um diese Verordnungen, daß ein Teil der Presse auf sofortige Einführung einer Zwangsrationierung hindrängt.

Eine englische Munitionsfabrik explodiert.

London, 13. Februar. (Neuntermeldung.) Das Munitionsministerium teilt mit, daß sich in einer Munitionsfabrik in Northgate eine Explosion ereignet habe. Die Zahl der Opfer ist noch nicht bekannt. Man glaubt aber, daß alle Personen getötet wurden. In der Nachbarschaft wurde einiger Schaden angerichtet.

Brand in griechischen Waffenfabriken.

Athen, 12. Februar. (Reuter.) In der Waffenfabrik im Piräus brach ein Feuer aus, das sich rasch ausbreitete. Mitrosen der Arbeiter holten den griechischen Feuerwehrlenten bei den Löscharbeiten. Viele Menschen sind dem Brande zum Opfer gefallen.

Gewerkschaftliches.

Die Berliner Gewerkschaften und die Lebensmittelversorgung.

Wie wir gestern schon kurz berichteten, hat sich eine Vertretung der Gewerkschaften Groß-Berlins um eine Verbesserung der Lebensmittelrationen bemüht. Die Versammlung der Gewerkschaftsvorstände und Unterkommissionen, die am Montag den Bericht über diese Angelegenheit entgegennahmen, hatte folgenden Verlauf:

Ersten führte aus: Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission hatte in einer Sitzung mit Vorstandsmitgliedern beschlossen, daß eine Vertretung der Gewerkschaften bei den zuständigen Behörden des Reiches, des Staates und der Gemeinden vorstellig werden solle, um eine Erhöhung der gegenwärtig allzu knappen Lebensmittelrationen zu erlangen. Die Genossen Glöck, Körsen und Siering wurden beauftragt, die erforderlichen Verhandlungen mit den Behörden zu führen. Sie wandten sich zunächst an den Oberbürgermeister von Berlin und erfuhren dort, daß der Magistrat bereits Schritte in derselben Angelegenheit bei den Reichsbehörden getan habe. Die drei Vertreter der Gewerkschaften richteten dann eine Eingabe an die zuständigen Reichs- und Staatsbehörden. Sie wiesen darauf hin, daß wegen der gegenwärtigen knappen Zuteilung von Lebensmitteln eine Erhöhung der Rationen unbedingt geboten sei. Die gewerkschaftlichen Vertreter wurden zu einer Besprechung zum 7. dieses Monats eingeladen. An der Sitzung nahmen teil: der Reichskanzler Bethmann Hollweg, der Präsident des Kriegsernährungsamtes v. Batocki, Staatssekretär Dr. Hefferich, mehrere andere Vertreter von Reichs- und Staatsbehörden sowie die Oberbürgermeister von Berlin und den Vororten. Die Gewerkschaftsvertreter trugen ihre Forderungen vor und legten zu deren Begründung dar, die Ernährung, wie sie sich in den letzten Wochen besonders wegen der Kartoffelknappheit gestaltet hat, sei durchaus ungenügend, so daß es schon zu einigen Differenzen in den Betrieben gekommen sei. Insbesondere forderten die Gewerkschaftsvertreter, daß die ursprünglich vom Magistrat festgesetzte Kartoffelration von 7 Pfund pro Kopf und Woche wieder gewährt und für die Zukunft beibehalten werde. Das sei das mindeste, was unbedingt gewährt werden müsse. Die Lebensmittelzulagen, die die Schamer- und Schamerarbeiter erhalten, seien unzureichend, auch geben sie den übrigen Arbeitern berechnete Ursache zur Unzufriedenheit. Einziges sei die Bestimmung, wer zu den Schamer- und Schamerarbeitern zu rechnen sei, mehr oder weniger willkürlich und die Zuweisung im einzelnen von den Brotkommissionen abhängig, die nicht alle nach demselben Maßstab messen. Andererseits sei zu bedenken, daß die Zulagenrationen doch nicht den betreffenden Arbeitern allein zugute kommen, sondern mit den Familien geteilt werden. In dieser Art der Verteilung liege also an sich eine gewisse Ungerechtigkeit, die in Arbeiterkreisen unangenehm empfunden werde. Zunächst müsse jeder ohne Ausnahme mindestens 7 Pfund Kartoffeln pro Woche erhalten. Wenn dann noch Ueberflüsse blieben, könnten sie an die Schamerarbeiter verteilt werden. Die Gewerkschaftsvertreter betonten, die gegenwärtige unzureichende Rationierung sei nicht zurückzuführen auf einen tatsächlichen Mangel an Lebensmitteln, sondern in der Hauptsache auf die ungleiche Verteilung derselben. Die Lebensmittel würden doch noch Lebensmitteln genug haben, denn viele, die in Verbindung mit Landwirten ständen, hätten sich immer noch ausreichend versorgen. Auch werde ein so weitgehender Schleißhandel mit Lebensmitteln getrieben, daß der wohlhabende Teil der Bevölkerung dieses, wenn auch zu hohen Preisen, haben könne. Dem müsse durch eine gerechte, gleichmäßige Verteilung in Stadt und Land ein Ende gemacht werden.

Die Vertreter der Behörden, die in der Besprechung das Wort nahmen, erkannten — wie Körsen ausführte — die Wichtigkeit dessen, was die Gewerkschaftsvertreter vorgebracht hatten, an, und versprachen Abhilfe, soweit es möglich sei. Sie verwiesen auf die Schwierigkeiten der Kontrolle bei den Landwirten und stellten in Aussicht, daß die vorhandenen Vorräte ermittelt und gleichmäßig verteilt werden sollen. Der Reichskanzler erklärte, es sei beabsichtigt, die Zulage von 100 Gramm Reichs pro Kopf auch für die nächsten drei Wochen zu gewähren. Herr v. Batocki konnte keine bestimmte Zulage darüber machen, ob die Kartoffelration darauf auf 7 Pfund erhöht werden kann. Das werde sich überlegen lassen, wenn die am 1. März stattfindende Kartoffelbestandsaufnahme abgeklungen sei. Sollte eine Erhöhung der Kartoffelration nicht möglich sein, dann werde die Fleischzulage von 100 Gramm weiter gewährt werden. — Schließlich bemerkte der Reichskanzler noch, er hoffe die Kartoffelration werde auf 7 Pfund erhöht werden können. Solange das nicht möglich sei, werde die Fleischzulage beibehalten werden und so werde man über die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Zeit und über die tatsächliche Notlage der städtischen Bevölkerung hinwegkommen.

Siering und Glöck ergänzten die Ausführungen Körsens. Dann kam es zu einer lebhaften Diskussion. Das Vorgehen der Gewerkschaftsvertreter wurde anerkannt. Sämtliche Redner gaben aber der Ansicht Ausdruck, man müsse mit Nachdruck verlangen, daß die Verprechungen auch erfüllt werden.

Cohen, der Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes, führte aus: Die Stimmung, die hier in der Diskussion zum Ausdruck kommt und die in den weitesten Kreisen der Arbeiter herrscht, ist vollkommen zu verstehen. Man verlangt von den Arbeitern der Kriegswirtschaft, daß sie recht viel leisten. Also muß man auch dafür sorgen, daß sie ausreichend ernährt werden. Die Hindenburgspende ist ja ganz gut gemeint. Aber was ist dabei herausgekommen? An 100 Arbeiter eines Großbetriebes sind bis jetzt z. B. je 100 Gramm Salmak aus der Hindenburgspende verteilt worden. Das ist doch nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Es muß für eine gerechte Verteilung aller vorhandenen Lebensmittel gesorgt werden. Die maßgebenden Stellen sind über die wirkliche Lage der Arbeiter unterrichtet. Jede der Arbeiter ist es, mit allem Nachdruck zu verlangen, daß die Verprechungen, die ihren Vertretern gegeben wurden, auch gehalten werden.

Die Versammlung faßte zwar keinen Beschluß in dieser Angelegenheit, ihre Haltung ließ aber keinen Zweifel darüber, daß sie mit den Ausführungen der Diskussionsredner durchaus einverstanden ist.

Als zweiter Punkt stand die Frage des Kostgeldes der Lehrlinge

auf der Tagesordnung. Der Referent Rötter führte aus, das übliche Kostgeld der Lehrlinge reiche schon lange nicht mehr aus, um die Ernährung der jungen Leute zu bestreiten. Eine Erhöhung des Kostgeldes sei dringend notwendig. Mehrere Innungspräsidenten hätten ihren Mitgliedern bereits eine zeitgemäße Aufbesserung des Kostgeldes empfohlen. Aber diese Angelegenheit bedürfte einer allgemeinen Regelung. Der Referent empfahl die nachstehende Resolution, welche die Versammlung einstimmig annahm:

Nach den gleichzeitigen Bestimmungen über die Unterstützung von Angehörigen der Kriegsteilnehmer hört die Unterstützung der jugendlichen Personen mit dem 15. Lebensjahre auf.

Diese Bestimmung hat zu schweren wirtschaftlichen Nachteilen solcher jugendlicher Angehöriger geführt, die in einem Lehrverhältnis stehen und demnach, da sie keinen Lohn beziehen, ein ausreichendes Unterhaltseinkommen wie andere jugendliche Arbeiter nicht haben.

Das in den Lehrverträgen von den Lehrherren und den gesetzlichen Vertretern der Lehrlinge vereinbarte Kostgeld ist größtenteils so niedrig, daß die Unkosten für den Lebensunterhalt eines Lehrlings damit bei weitem nicht bestreiten können.

Die mit den teuren Lebensverhältnissen nicht im Einklang stehende Vergütung an die Lehrlinge führt in vielen Fällen zur einseitigen Aufhebung der Lehrverträge.

Dieser Zustand, die Mängel der Lehrverträge während der Kriegszeit, liegt weder im Interesse der Lehrlinge und ihrer Angehörigen, noch in dem der einzelnen Gewerbe und des Handwerks, die im Hinblick auf die Zeit nach dem Kriege bestrebt sein müssen, einen guten entwicklungsfähigen Nachwuchs an leistungsfähigen Arbeitnehmern heranzubilden.

Die Vertreter zur Berliner Gewerkschaftskommission glauben daher die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Zustände lenken zu müssen; sie richten deshalb an die in Betracht kommenden Arbeitgeberorganisationen, wie Arbeitgeberverbände, Innungen und Handwerkskammer, das dringende Ersuchen, in den Kreisen ihrer Mitglieder für eine erhebliche, sofortige Aufbesserung der niedrigen Sätze des heute gezahlten Kostgeldes zu wirken.

Der Ausschuss wird beauftragt, diese Entschließung der Berliner Gewerbe- und Handelskammer, sowie den Dezernaten für gewerbliche Angelegenheiten in den maßgebenden Vororten von Berlin zu überreichen, mit dem Ersuchen, auch von dort aus ihren Einfluß auf die Arbeitgeberkreise geltend zu machen.

Berlin und Umgegend.

Lohnverhandlungen in der Herrenkonfektion.

Am Montag, den 12., und Dienstag, den 13. Februar, fanden Lohnverhandlungen zwischen dem Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter und dem Verband der Kleiderfabrikanten statt. Das Endergebnis stellt sich auf eine Lohnzulage von 35 Proz. einschließlich Streckungszuschlag. Die neuen Lohnbedingungen treten am 1. April in Kraft.

Aus Industrie und Handel.

Währungsfrage.

Die deutsche Währung steht bekanntlich ziemlich schlecht. Während man im Frieden für 100 M. 125 Schweizerische Franc erhielt, bekommt man jetzt nur noch 88! Je teurer Deutschland die ausländischen Zahlungsmittel bezahlen muß, desto mehr verteuert sich der Bezug von Lebensmitteln und Rohstoffen. Jede Zigarre, jedes Stückchen holländischen Käses, jeder norwegische Bäckling ist mit einem Währungsverluste von 30 bis 40 Prozent belastet.

Die Währungsverschlechterung hat mannigfache Ursachen. Eine der wichtigsten ist, daß Deutschland während des Krieges mehr ein- als ausfuhr und daß seine Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln ihren Kurs mächtig in die Höhe trieb.

Um eine weitere Verschlechterung der Währung durch überflüssige Wareneinfuhr zu verhindern, ist am 18. Januar ein allgemeines Wareneinfuhrverbot erlassen worden. Diese einschneidende Maßregel wird ergänzt durch eine nicht minder einschneidende Maßregel über die Gestaltung des internationalen Zahlungsverkehrs. Das Ziel ist, einen Verlauf deutscher, auf Reich lautender Zahlungsmittel und einen entsprechenden Ankauf ausländischer Zahlungsmittel unmöglich zu machen, um den Druck auf die deutsche Währung zu mildern und die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln einzuschränken. Die neue Regelung des Zahlungsverkehrs ist auf jene guten Leute gerichtet, die ihre Kriegs- oder Friedensgewinne vor dem Fiskus und vor den Zufälligkeiten des Krieges ins neutrale Ausland in Sicherheit zu bringen eifrig bemüht waren. Die Maßregeln über den internationalen Zahlungsverkehr bestimmen demgemäß: daß keine Privatperson ohne Kontrolle der Reichsbank ausländische Zahlungsmittel erwerben darf; daß weder über fremde Zahlungsmittel, noch über auf ausländische Währung lautende Forderungenrechte mit Ausnahme von Effekten ohne Einwilligung der Reichsbank verfügt werden darf; daß die Reichsbank jede Vererbung von deutschen Zahlungsmitteln ins Ausland kontrollieren darf; daß von Deutschland aus Verbindlichkeiten im Auslande nur mit Genehmigung der Reichsbank eingegangen werden dürfen; daß eine Bestandsaufnahme der ausländischen Zahlungsmittel und der Geldforderungen an das verbundene und neutrale Ausland erfolgt; daß Ausländern Markkredite nur mit Genehmigung der Reichsbank eröffnet werden.

Die letzte Bestimmung hat eine interessante Vorgeschichte. Besonders Oesterreich und Ungarn ließen sich — nach dem Eintritt Rumaniens in den Krieg wurde die unangenehme Übung ziemlich allgemein — in Deutschland Kredite eröffnen, bezogen dafür Reich und schickten diese Zahlungsmittel ins neutrale Ausland zur Anschaffung von Guthaben in ausländischer Währung. Die deutsche Währung dankt einen gut Teil ihres Tiefstandes diesen schlechten Praktiken.

Die neue Verordnung ist vollständig, bis auf die Einbeziehung des deutschen Besitzes an ausländischen Wertpapieren. Wie in England, so werden auch in Deutschland die Kapitalisten auf ihren Besitz an ausländischen Schuldmitteln verzichten müssen, damit das Reich jetzt oder in Zukunft die für Kriegführung und Wirtschaft notwendigen Rohstoffe und Lebensmittel beziehen kann.

Am 1. August 1914 hat sich niemand träumen lassen, daß die Wirtschaft nach 2½ Jahren Weltkrieg in spanische Stiefel werde geschürzt werden müssen. Nur wenige machen sich auch heute ein klares Bild von der vollen Bedeutung der neuen Verordnungen, die den Waren- und Zahlungsverkehr, das ist die Art, in der Deutschland wirtschaftlich mit dem Auslande in Verbindung tritt, von Grund aus umstürzen. Die neuen Verordnungen sind nicht zuletzt notwendig im Interesse des Arbeiters, für den eine gute und stabile Währung die Grundlage jedes sozialen Fortschrittes ist. Am schwersten wird der freie Handel zu leiden haben, der seine kühnen Hoffnungen auf Wiedereinführung in den alten Stand unmittelbar nach Friedensschluß wird wohl begraben müssen.

Aus der englischen Wirtschaft.

Der „Economist“ teilt interessante Zahlen über die Entwicklung des englischen Außenhandels während des Krieges mit. Der Wert der Einfuhr betrug 1918: 949,2 Millionen Pfund, 1913 nur 788,7 Millionen Pfund. Berechnet man aber die Einfuhr des Jahres 1918 auf Grund der Warenpreise des Jahres 1913, so ergibt sich ein Einfuhrwert von nur 655,9 Millionen Pfund. Die englische Einfuhr ist also trotz der großen Wertsteigerung der Menge nach zurückgegangen. Die Ausfuhr ist vom Jahre 1913 bis zum Jahre 1918 dem ausgewiesenen Werte nach von 525,2 auf 506,5 Millionen Pfund gesunken. Würde man aber die Preise des Jahres 1913 zugrunde legen, so ergäbe sich ein Ausfuhrwert von nur 379,6 Millionen Pfund.

Während im Jahre 1918 der Ueberdruck der Einfuhr über die Ausfuhr (Passivum der Handelsbilanz) 243,5 Millionen Pfund betrug, ist er im Jahre 1918 auf 42,7 Millionen Pfund gesunken. England muß also sehr viel mehr an das Ausland zahlen als früher. Dagegen nimmt es von dem Auslande für Schiffsfrachten, an Provisionen und Schuldsinsen sehr viel weniger ein, da das neutrale Ausland einen guten Teil seiner Schulden abgetragen hat und sogar Gläubiger Englands geworden ist. Es darf aber nicht übersehen werden, daß in dem Einfuhrwert auch die Schiffsfracht steht. Da die Frachten kolossal gestiegen sind und die Verschiffung zum großen Teil in Händen von Engländern liegt, ist der dafür entfallende große Betrag nicht als Zahlung an das Ausland, sondern als Wertübertragung von dem englischen Verbraucher an den englischen Käufer zu betrachten.

Die englische Rohwareneinfuhr ist von 1913 bis 1916 von 43,6 auf 88,4 Millionen Tonnen zurückgegangen, der Wert aber

von 88,4 auf 46,4 Millionen Pfund gesunken. Frankreich und Italien konnten 1918 in ungefähr derselben Weise beliefert werden wie 1913.

Kanada hat sich während des Krieges infolge Uebernahme englischer Munitionslieferungen sehr stark industrialisiert. Bis einschließlich 1916 werden die gesamten Kriegsaufträge auf 1000 Millionen Dollars oder 5,32 Milliarden Mark geschätzt.

Soziales.

Zum Schutze von Kriegsflüchtlingen.

Der sogenannte Kriegsteilnehmerchutz ist nunmehr auch auf die Kriegsflüchtlinge ausgedehnt worden. Eine Verordnung des Bundesrats vom 8. Februar 1917 bestimmt folgendes:

In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten hat das Gericht auf Antrag einer Partei, die ihren Wohnsitz oder ihre gewerbliche Niederlassung im Kriegsgebiete hatte, die Aussetzung des Verfahrens anzuordnen, wenn die Partei durch kriegerische Unternehmungen oder durch militärische Anordnung genötigt worden ist, den Wohnsitz oder die gewerbliche Niederlassung zu verlassen und infolgedessen an der Wahrnehmung ihrer Rechte behindert ist.

Der Antrag ist abzulehnen, wenn die Aussetzung nach den Umständen des Falles offenbar unbillig ist.

Auf Antrag des Gegners hat das Gericht die Aussetzung wieder aufzuheben, wenn die Voraussetzungen für ihre Anordnung weggefallen sind oder die weitere Aussetzung offenbar unbillig ist. Die Entscheidung kann ohne mündliche Verhandlung erfolgen. Vor der Entscheidung ist die Partei zu hören; die Neuerung kann vor dem Gerichtsschreiber zu Protokoll erklärt werden.

Auf Antrag eines Schuldners, der seinen Wohnsitz oder seine gewerbliche Niederlassung im Kriegsgebiete hatte, kann die Zahlungsfrist gemäß §§ 1, 4 der Verordnung über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen (Reichs-Gesetzbl. 1915, S. 290; 1916, S. 451) bis zu sechs Monaten bestimmt werden, wenn der Schuldner durch kriegerische Unternehmungen oder durch militärische Anordnung genötigt worden ist, den Wohnsitz oder die gewerbliche Niederlassung zu verlassen, und seine wirtschaftliche Lage infolgedessen so wesentlich verschlechtert ist, daß sein Fortkommen gefährdet erscheint.

Der Antrag ist auch bei einer nach dem 31. Juli 1914 entstandenen Geldforderung zulässig, sofern die Forderung entstanden ist, bevor der Schuldner seinen Wohnsitz oder seine gewerbliche Niederlassung verlassen hat.

Der Antrag darf nicht deshalb abgelehnt werden, weil angenommen ist, daß der Schuldner nach Ablauf der Zahlungsfrist zur Befriedigung des Gläubigers außerstande sein wird.

Unter den gleichen Voraussetzungen kann auch die Einstellung der Zwangsvollstreckung (§ 5 der Verordnung über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen) für die Dauer von längstens sechs Monaten erfolgen; das kann mehrfach geschehen und ist auch zulässig, wenn eine Zahlungsfrist bereits bestimmt ist.

Auf Antrag des Gläubigers kann das Vollstreckungsgericht die Einstellung der Zwangsvollstreckung aufheben, wenn die Einstellung infolge nachträglicher wesentlicher Veränderung der Umstände dem Gläubiger einen unerschwinglichen Nachteil bringen würde, insbesondere wenn die spätere Befriedigung des Gläubigers durch andere Zwangsvollstreckungen erheblich gefährdet wird.

Die Verordnung über die Folgen der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung (Reichs-Gesetzbl. 1915, S. 292; 1916, S. 451) findet unter den für die Gewährung einer Zahlungsfrist geltenden Voraussetzungen auch bei den nach dem 31. Juli 1914 entstandenen Geldforderungen Anwendung, sofern die Forderung entstanden ist, bevor der Schuldner seinen Wohnsitz oder seine gewerbliche Niederlassung verlassen hat.

Die Verordnung findet auf Personen, die sich im Ausland aufhalten, keine Anwendung.

Der Reichskanzler bestimmt, welche Gebiete als Kriegsgebiete im Sinne dieser Verordnung anzusehen sind.

Die Verordnung ist am Tage der Verkündung (dem 8. Februar 1917) in Kraft getreten. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Lohnarbeiter oder Handwerksmeister?

Der „Anstreicher“ Ernst S. erlitt am 18. Juni 1918 einen tödlichen Betriebsunfall. Der Anspruch der Hinterbliebenen wurde von der Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik abgewiesen, weil keine Versicherungspflicht bestanden habe. Der Verunglückte habe als selbständiger Malermeister das Streichen der Wände zum Akkordpreis übernommen.

Das Oberverwaltungsamt Berlin gab der Verurteilung statt. Es führt in seinem Urteil u. a. aus: Der Verstorbene könne nicht als selbständiger Gewerbetreibender angesehen werden, denn er habe nicht einmal das Gewerbe angemeldet. Die Arbeiten habe er im Auftrage der Firma für einen mit der Firma fest vereinbarten Lohn ausgeführt und fremde Hilfe geleistet. Die Verantwortung, die der Verstorbene für die von ihm geleisteten Malerarbeiten hatte, habe keineswegs die eines Arbeiters überstiegen. Schon der Umstand, daß mit ihm kein schriftlicher Vertrag über die auszuführenden Arbeiten geschlossen war, beweise, daß man von ihm eine höhere Verantwortung als die eines Arbeiters nicht verlangte. Das Abhängigkeitsverhältnis des Verstorbenen gebe daraus hervor, daß er auf nennenswerte Zeit seine Arbeit nicht unterbrechen durfte, daß ihm die erforderlichen Materialien geliefert wurden und er wie jeder andere Arbeiter wöchentlich Lohn erhielt.

Die Berufsgenossenschaft gab sich indessen damit nicht zufrieden; sie legte gegen die Entscheidung des Reichsversicherungsamts Rekurs ein.

Das Reichsversicherungsamt hat noch weiteren Beweis erhoben und den Rekurs der Berufsgenossenschaft zurückgewiesen. In seinen Gründen sagt der erkennende Senat u. a.: „Das Reichsversicherungsamt hat keinen Anlaß gefunden, von der Entscheidung des Oberverwaltungsamtes abzuweichen. Dieses hat den am 18. Juni 1918 tödlich verunglückten S. in Anbetracht seiner Tätigkeit für die Firma S. u. Z. mit Recht nicht als Unternehmer, sondern als Arbeiter der Firma angesehen. Der Verstorbene, der früher „Kunst“, dann „Schlosser“ gewesen ist und schließlich ohne besondere Ausbildung das Malerhandwerk ausgeübt hat, besaß kein Betriebskapital und abgesehen von einer Stiebelleiter auch keine Arbeitsgeräte; er war auch nicht kreditfähig. . . . Die zu seinen Arbeiten erforderlichen Materialien, wie Farbe, Pinsel und Steigeisen usw. wurden ihm häufig und so auch bei der unfallbringenden Arbeit von seinen Auftraggebern geliefert. Er war ferner verpflichtet, die Arbeiten für die Firma S. u. Z. in C. hintereinander ohne längere Unterbrechung auszuführen und hat auch tatsächlich nach der Mitteilung der Firma vom 6. Januar bis zum Unfalltag, ohne auszuweichen, gearbeitet. Alles dieses läßt ihn nicht als selbständigen Vagantgewerbetreibenden, sondern als Arbeiter der Firma erscheinen. Nach seinen gesamten wirtschaftlichen Verhältnissen war er überhaupt nicht in der Lage, Gewerbetreibender eigene Rechnung auszuführen. Lediglich die Tatsache, daß er bei S. u. Z. in C. arbeitete, ist im Durchschnitt den hohen Lohn von 11,18 M. wertlos, hat ihm noch nicht die Stellung eines Unternehmers gegeben. Der Lohn wird dem Werte seiner Arbeit entsprechen und zugleich einen Ausgleich für die hohe Unfallgefahr der Arbeit geboten haben. Der Verstorbene ist somit als Arbeiter der Firma S. u. Z. verunglückt. Damit ist indes auch die Entschädigungspflicht der Versicherten gegeben.“

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Lemdelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Reulshaus; für Inserate: Dr. Glöck, Berlin Druck u. Verlag: Bornhörs Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.

Parteiveranstaltungen und Beitragszahlung siehe Anzeigenteil!

Abgeordnetenhaus.

56. Sitzung Dienstag, den 13. Februar, nachmittags 2 Uhr.

Vom Ministerium: Dr. Lenz.

Präsident Graf Schwerin-Löwig teilt mit, daß an Stelle des für längere Zeit verabschiedeten Vizepräsidenten Dr. Porck (Z.) der Abg. Freiherr v. Hedlitz zum Ersatzpräsidenten gewählt werden soll. Die Wahl wird an einem der nächsten Tage erfolgen. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Antrages Dr. König (Z.) und Genossen, betreffend

Steuerefreiheit der Kriegsteuerzulagen.

Abg. Dr. König (Z.): Heute herrscht große Unklarheit darüber, welche Kriegsteuerzulagen steuerpflichtig sind und welche nicht. Nach den Kommissionsbeschlüssen sollen in dieser Beziehung gleich behandelt werden alle Beamten, Lehrer, Angestellten und Arbeiter des Reiches, der Bundesstaaten und der Kommunalverbände, sowie die Geistlichen, Lehrer, Angestellten und Arbeiter der Kirchenverbände und anderer Religionsgemeinschaften. Ein Antrag, die Steuerfreiheit auch auf die Zulagen der Angestellten und Arbeiter privater Betriebe auszudehnen, ist in der Kommission abgelehnt worden. In Kraft treten soll dies Gesetz mit dem Etatsjahr 1917.

Abg. Giesberts (Z.) spricht dafür, auch die gleichwertigen Anwendungen an Privatbeamten und Angestellte steuerfrei zu lassen. Man könne nicht z. B. die Munitionsarbeiter in Staats- und Privatbetrieben verschieden behandeln. Das würde viel böses Blut erregen.

Abg. Schmissahn (Sp.) befürwortet einen Antrag, auch die Kinderbeihilfen steuerfrei zu lassen.

Abg. Hue (Soz.): Wir beantragen, dem Kommissionsbeschluss hinzuzufügen, desgleichen sind die aus Anlaß des Krieges den Angestellten und Arbeitern privater Betriebe von deren Besitzern bewilligten laufenden und einmaligen Teuerungszulagen frei von Staats- und Gemeindefinanzsteuern! Dem Antrag auf Verschärfung der Kinderzulagen würden wir auch zustimmen. Ohne diese Zusatzanträge aber würde die Fassung des Kommissionsbeschlusses eine schreiende Ungerechtigkeit bedeuten. Es würde damit ein Privileg für die Beamten geschaffen, das in weitesten Kreisen zweifellos große Erbitterung und böses Blut hervorrufen müßte. Nach der Jubilatur des Oberverwaltungsgerichts und auch nach der Ansicht der Finanzverwaltung sind Unterhaltungen, auch wenn sie sich wiederholen, bei der Veranlagung der Einkommensteuer nicht heranzuziehen. Das gilt allgemein,

auch für Privatbeamte und Arbeiter.

Nach dem Beschlusse der Kommission sollen alle Teuerungszulagen für Beamte bis über 5000 Mark Gehalt steuerfrei bleiben. Privatangestellte mit nur halb soviel Gehalt, die Zulagen erhalten, sollen sie aber versteuern müssen. Das können Sie gar nicht wollen! In Obersachsen zahlen z. B. die Staatsbeamten höhere Löhne an ihre Arbeiter als die Privatbetriebe. Diese besserbezahlten Arbeiter wären nun bei Annahme des Kommissionsantrages noch mehr bevorzugt vor den schlechter bezahlten Privatarbeitern. Wir haben längst gefordert, daß man das steuerfreie Mindesteinkommen von 900 auf 1200—1500 Mark erhöhen sollte. Bei den jetzigen Teuerungszulagen wäre die Erhöhung auf 1500 Mark eine bringende Notwendigkeit. Eine große Masse von Arbeitern gerade in den Kriesebetrieben hat heute noch nicht einen solchen Durchschnittslohn. Bedenken Sie auch, daß durch die enorm gestiegenen Kommunalsteuern, die zum Teil bis 400 Proz. gehen, und bis 420 M. Einkommen herunter erhoben werden, gerade die kleinen und mittleren Einkommen am schwersten getroffen werden. Wir verlangen eine gerechte Verteilung für alle Arbeiter im Privat- und Staatsbetrieb. (Bravo! b. d. Soz.)

Finanzminister Dr. Lenz: Die Ansicht, daß Teuerungszulagen der Beamten an sich steuerfrei sind, trifft nach der Jubilatur des Oberverwaltungsgerichts nicht zu. Diese Steuerfreiheit tritt nur ein, wenn im einzelnen Fall eine Rotunterstützung gewährt wird. Meine Bedenken gegen den Antrag König sind durch die Debatte nur vermehrt worden. Die Annahme der über die Kommissionsbeschlüsse hinausgehenden Anträge würde den ganzen Antrag zu Fall bringen. Denn diese Anträge sind steuerlich unumkehrbar und würden außerdem eine große Ungerechtigkeit gegenüber all denen bedeuten, die nicht Arbeiter und Angestellte sind. Eine gewisse Ungerechtigkeit liegt natürlich auch vor, wenn man nur die Beamten berücksichtigt, aber dieser Wunsch der Kommission ist wenigstens durchführbar, denn hier handelt es sich um übersichtliche Verhältnisse und einen beschränkten Kreis.

Abg. Göttschall (natl.) beantragt, alle Anträge an die Kommission zurückzuverweisen.

Nach weiterer kurzer Debatte wird der Antrag angenommen. Es folgt die zweite und dritte Beratung des Gesetzes über die Gewährung von weiteren 200 Millionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die

Kriegswohlfahrtsaufgaben.

In Verbindung damit werden beraten ein Antrag Dr. König (Z.) auf Gewährung von Kriegsteuerzulagen auch an die in der Heimat zurückgebliebenen Offiziere und oberen Militärbeamten, sowie ein Antrag Schmidt (Z.) auf Gewährung von Kinderbeihilfen an die zum Seeresdienst eingezogenen Staatsarbeiter.

Die Kommission beantragt die Gewährung von Kinderbeihilfen an die zum Seeresdienst eingezogenen Staatsbeamten und Volksschullehrer, soweit sie Gemeine oder Geseftete sind, und Erhöhung der Familienunterstützungen für die Familien der eingezogenen Staatsarbeiter und Angestellten.

Abg. König (Z.) befürwortet seinen Antrag.
Abg. Reinerz (Soz.): Wir vermissen eine statistische Uebersicht über die Leistungen der Lieferungsverbände und über die Verteilung der bisher bewilligten 510 Millionen. Für verschiedene Landkreise dürfte diese Statistik allerdings nicht sehr angenehm sein, weil sich dann ergeben würde, daß sie nicht im geringsten über die tatsächlichen Bedürfnisse hinausgehen. Die Ministerklasse in dieser Frage der Kriegswohlfahrtsaufgabe finden durchaus unsere Billigung, aber es gibt doch viele Lieferungsverbände, die diesem Erlasse nicht nachkommen. Eine ungescheute Arbeit ist den Lieferungsverbänden neuerdings mit den Unterstützungen aufgebracht worden, die sie an Familien von Arbeitern zahlen wollen, die auswärts zu wenig verdienen, um ihre Familien zu Hause zu unterhalten. Darin liegt außerdem ein Anreiz für die Arbeitgeber solcher Arbeiter, ihnen geringere Löhne zu zahlen. Eine Ablehnung von Familienunterstützungen durch die Lieferungsverbände sollte auf jeden Fall seitens der Lieferungsverbände hindernd begründet werden. Zweifellos werden auch berechtigende Ansprüche in großer Zahl zurückgewiesen; deshalb hat ja auch ein Ministerialerlass den Lieferungsverbänden größtes Wohlwollen in dieser Beziehung empfohlen. Auf keinen Fall darf eines Arbeiterversprechens der Familie wegen die Unterstützung aufgehoben werden. Wir stimmen für die Anträge, nicht um die Beamten besonders gut zu

stellen, sondern um dahin zu wirken, daß auch die anderen Kreise den Beamten gleichgestellt werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Finanzminister Dr. Lenz wendet sich gegen den Antrag König, wonach die Teuerungszulagen ganz allgemein und nicht mehr nach Bedürfnis gewährt werden.

Abg. Dr. Wagner-Breslau empfiehlt, diesen Antrag König an den verstärkten Haushaltungsausschuß zurückzuverweisen.

Nach weiterer Debatte wird diese Zurückverweisung abgelehnt. Der Antrag König wird ebenfalls abgelehnt und die Kommissionsbeschlüsse angenommen.

Hierauf wird noch in die zweite Lesung des Etats eingetreten; eine Reihe kleiner Etats werden debattelos erledigt.

Beim Etat des „Preussischen Staatsanzeigers“ beklagt sich

Abg. Deumer (natl.) über nicht objektive Berichterstattung des „Reichs- und Staatsanzeigers“.

Ein Regierungsvertreter entschuldigt das Verhalten des offiziellen Blattes (starke Kürzung einer Rede Dr. Friedberg) mit der Papiersteuerung.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Lesung des Etats.)

Schluß 7 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Parteifriede in Bayern.

Angeichts der letzten Vorlesungen in der Partei macht die „Frankfurter Tagespost“, deren vermittelnde Haltung im Parteifriede bekannt ist, den Vorschlag, wenigstens in Bayern die Parteeinheit im vollsten Maße aufrecht zu erhalten. Sie schreibt:

In Berlin und in Bremen, in Württemberg und in Sachsen muß man den Kampf ausleben lassen. Dort ihn wägen zu wollen, wäre vergebliches Bemühen. Aber die Frage drängt sich auf:

Ruh man auch dort den Brand entfachen, wo bisher im wesentlichen Ruhe geherrscht hat, wo es zwar nicht an Stellungnahme gefehlt, aber Parteiverfammlungen und Presseäußerungen, von verschiedenen Einzelfällen abgesehen, an der inneren Ruhe in der Partei nicht gerüttelt haben. Zu unserer größten Genugtuung können wir darauf verweisen, daß ein so großes und wichtiges Parteigebiet wie Bayern so wenig vom Parteifriede gefährdet wurde, daß es ein Glück für die Gesamtpartei wäre, wenn der gleiche Zustand für das ganze Reich gelten würde. Da entsteht die Frage, ob man diese von so manchem mit Ruhe und von nicht wenigen mit Ueberwindung aufrecht erhaltene Einheit dauernd bestehen lassen könnte, oder ob man, da nun die Partei in anderen Teilen Deutschlands auseinandergeht, das gleiche für Bayern erzwingt.

Es denkt natürlich kein Mensch, zum mindesten niemand in der Parteeinheitlichkeit daran, irgend einem Gliede der Partei, in dem die Parteeinheit tatsächlich besteht, eine Spaltung aufzuzwingen zu wollen. Die Parteeinheit hat von vornherein erklärt, volle Freiheit der Meinungen und Uebersetzungen innerhalb der Partei gewährleistet zu wollen. Sie wendet sich lediglich gegen diejenigen, welche durch Sonderorganisationen und Sonderbeschlüsse die nun einmal notwendige äußere Parteeinheit durchbrechen und dadurch jede Geschlossenheit des Handelns und Auftretens unmöglich machen.

Reaktionswechsel in der Oberfelder „Freien Presse“. Das am 3. Februar erfolgte Verbot des Erscheinens unseres Oberfelder Parteiprogramms ist wieder aufgehoben worden. In der Spitze der Nummer vom 10. Februar werden sich Verlag und Redaktion der „Freien Presse“ an die Leser und teilen mit, daß zwischen der Geschäftsleitung und der bisherigen politischen Redaktion sich über die fernere Haltung des Blattes, wie sie sich nach den Anforderungen des selbst. Generalkommandos gestalten mußte, keine Einigung habe erzielen lassen. Die Geschäftsleitung trage aber die Verantwortung für den Bestand des Blattes und war deshalb zu einer Neuorganisation der Redaktion gezwungen, um das sofortige Wiedererscheinens der Zeitung zu ermöglichen. Die Regelung soll nur eine vorläufige sein. In einer zweiten Notiz wird bekanntgegeben, daß der bisherige politische Redakteur Riechert aus der Redaktion ausgeschlossen und an seine Stelle Genosse Haberland getreten ist.

Eine Parteiverammlung des sozialdemokratischen Vereins Oberfeld-Darmen hat sich am vergangenen Sonntag mit großer Mehrheit auf den Boden der Opposition gestellt und die Aenderung in der Redaktion der „Freien Presse“ auf das schärfste verurteilt.

Erstang um die Beitragsperre. Eine Kreisversammlung des 1. braunschweigischen Reichstagswahlkreises, die am vergangenen Sonntag in Braunschweig tagte, nahm gegen zwei Stimmen eine Resolution an, die sich im wesentlichen mit der vom Ortsverein Braunschweig angenommenen (hier bereits veröffentlichten) deckt, durch die sich also der Kreis auf den Boden der Opposition stellt. Eine Anzahl hoher Parteiorde waren nicht vertreten, davon hatten einige, wie Giesmarode und Kibbaggshausen, erpeter Ort durch einstimmigen Beschluß der Mitgliederversammlung, eine Beteiligung an der Konferenz abgelehnt, weil der auf dem Standpunkt der Beitragsperre stehende Ortsverein Braunschweig die absolute Mehrheit der Delegierten zur Kreisversammlung stellt und die betreffenden Orte nicht zu einem Beschluß, durch den die Beitragsperre auf den ganzen Kreis ausgedehnt wird, die Hand bieten wollen. — Die Kreisversammlung umging aber die Frage der Beitragsperre, wie die Rede den heißen Drei. Der Bezirkssekretär Genosse Antrid hatte eine längere Resolution eingebracht, in der unter anderem auch die Beitragsperre abgelehnt wurde. Diese Resolution wurde einstimmig abgelehnt. Als Genosse Antrid nun darauf aufmerksam machte, daß hiermit der Braunschweiger Beschluß auf Beitragsperre seine Befestigung durch die Kreisversammlung erhalten habe, wollten die laipseren Spartakusleute das nicht wahr haben. Keiner wollte zugeben, daß wegen des einen Satzes in der Resolution Antrid die Beitragsperre beschlossen sei. Der Kreisvorsitzende, der Ex-Anarchist Sepp Dertter, und andere Redne, erklärten frei heraus, sie wollten dem Parteivorstande den Gefallen nicht tun und die Beitragsperre beschließen, damit er keinen Grund zum Eingreifen habe. Also Angst vor der früheren eigenen Courage! Derselbe Sepp Dertter aber hatte drei Tage vorher auf der Mitgliederversammlung in Braunschweig erklärt:

Wir müßten ja Hornochsen sein, wenn wir diesem Parteivorstand Mittel bewilligten, damit er uns mit unserem eigenen Gelde eine Sonderorganisation entgegenstellt, die uns bekämpft!

Als Genosse Antrid die Beitragsperre aber nochmals stellte, indem er nun den kurzen und klaren Antrag einbrachte, den Kreis-

vorstand zu beauftragen, die dem Parteivorstand zustehenden Pflichtbeiträge innerhalb der festgesetzten Frist an den Parteivorstand abzuliefern, da verteilte sich die heidenmütige Kreisversammlung in ganz eigenartiger Weise: — sie ging über den Antrag zur Tagesordnung über! — Das ist in der Tat revolutionärer Selbsterkenntnis!

Braunschweiger Vertrauensumgebung für Genossen Bloß. Anlaßlich des 40jährigen Jubiläums des Genossen Bloß reichten in der Stadt Braunschweig über 200 Genossinnen und Genossen dem Vertreter des 1. braunschweigischen Wahlkreises durch Unterschrift ihren Glückwunsch ein. In Blankenburg unterzeichneten 60 Genossinnen und Parteigenossen die Glückwunschadresse. — Dies ist eine treffende Antwort auf den rüden Beschluß der Spartakusmehrheit im Braunschweiger Ortsverein.

Der „Einigungsapostel“ Herzfeld und sein Wahlkreis.

Die „Meißnerische Volkszeitung“ enthält eine recht interessante Polemik zwischen dem zur „Arbeitsgemeinschaft“ gehörenden Abgeordneten des Kreises Herzfeld und dem dortigen Parteisekretär Kröger. In einer Zuschrift wendet sich Herzfeld gegen Ausführungen, die Kröger in einer Mitgliederversammlung gemacht hat, und in denen er den „Kriegskampf“ der Opposition gegen die Geschlossenheit der Partei geißelt. Dabei feiert er Herzfeld als sein persönliches Verdienst, wenn im Rostocker Kreise bisher die Spaltung noch nicht in die Erscheinung getreten sei. Er habe „im Rostocker Kreis den politischen Meinungsstreit nicht geschürt und sei nicht an die Parteigenossen herangetreten mit der Aufforderung, sich innerhalb der Organisation zusammenzuschließen gegen die Politik des 4. August, die von Kröger und den Rostocker Instanzen vertreten wird“. Im weiteren bekommt es Herzfeld fertig, zu behaupten, daß auf der Reichskonferenz der Partei im September 1916 der Antrag Auer, welcher die Bewilligung der Kriegskredite billigte, und der das Sondervergehen der Arbeitsgemeinschaft mißbilligte, „nur 218 Stimmen, also die Minderheit der Stimmen“ erhalten habe.

In seiner Erwiderung stellt Genosse Kröger den „Einigungsapostel“ Herzfeld an Hand von dessen eigenen Aussprüchen in roter Linie. Er erinnert daran, daß in Berlin 2 Herzfeld einer Versammlung folgende Thesen unterbreitete:

„Gegen die Gewerkschaftsinstitutionen ist innerhalb der Gewerkschaften vorgegangen durch Gewinnung der Leitung. Ebenso gegen die sozialpatriotische Haltung der Gewerkschaftspressen.“

In Hamburg verkündete Herzfeld schon im verfloßenen Jahre folgendes Programm: „Es muß Aufgabe der Versammelten sein, alle Funktionäre, die nicht zur Minderheit gehören, zu beseitigen.“ (In dieses Gebiet gehört auch der von uns neuzeit mitgeteilte Ausspruch Herzfelds: Nur die Opposition konnte es darauf an, die leitenden Posten in Partei und Gewerkschaften an sich zu reißen. Red. d. „Vorwärts“.) Weiter geht Kröger auf die Verhältnisse des 5. meißnerischen Wahlkreises ein. Er erinnert daran, daß eine am 21. Mai 1916 tagende Konferenz des Kreises mit 18 gegen 5 Stimmen den Disziplinbruch der Arbeitsgemeinschaft auf das schärfste verurteilt hat. In demselben Sinne hat sich ausgesprochen eine Sitzung der Rostocker Funktionäre, der Bezirksvorstand und eine Bezirkskonferenz Kröger führt fort:

Weiter haben sich Mitgliederversammlungen mit der Frage beschäftigt, und vor jeder Versammlung hat Herzfeld mich sowohl wie den Vorstand erucht, hoch von der Einbringung einer Resolution abzusagen, um den Streit nicht noch zu verschärfen. Wir haben diesem Ersuchen jedesmal Folge gegeben, eine Toleranz, die nach dem vom Geschildeerten bei Herzfeld ein unheimliches Ding. Weiter hat Herzfeld an eine Anzahl Parteigenossen Flugblätter gesandt; Verbreiter hat er aber nicht gefunden. Wenn Herzfeld nun behauptet, daß er den politischen Meinungsstreit im Wahlkreise nicht geschürt hat, so ist die Behauptung falsch; er hätte schreiben müssen, er habe den Streit nicht führen können.

Das Letzte aber ist Herzfelds Behauptung, daß auf der Reichskonferenz der Antrag Auer, der das Vorgehen der Arbeitsgemeinschaft mißbilligte, nur die Minderheit der Stimmen erhalten habe. Herzfeld weiß sehr gut, daß bei der entscheidenden Abstimmung das Verhältnis der Stimmen 276 der Mehrheit gegen 169 der Opposition gewesen ist. Wenn der gegen eine verschwindende Minderheit angenommene Antrag Auer nur 218 Stimmen erhalten hat, so lag das lediglich daran, daß in ihm über das Verhalten der Reichstagsfraktion abgestimmt wurde und sich infolgedessen die stimmberechtigten Mitglieder der Fraktion allem Brauche gemäß ihrer Stimme enthalten haben. Hieraus den Schluß zu ziehen, daß der Antrag Auer nur eine Minderheit der Stimmen auf sich vereinigt habe, charakterisiert die Ehrlichkeit der Herzfeldischen Polemik in vollem Maße.

Tod eines Parteiveteranen.

Wie uns aus Forst (Zaun) mitgeteilt wird, ist am Sonntagmorgen ein alter Parteiveteran, der langjährige Vorsitzende der Kreisorganisation für den Wahlkreis Sorau-Forst, Genosse Gustav Berke, im 65. Lebensjahr verstorben. In dem Verstorbenen verkörperte sich ein Stück Parteigeschichte dieses Kreises. Er hat unter dem Sozialistengesetz die Parteibewegungen im Kreise Sorau-Forst unter den schwierigsten Verhältnissen, immer im Vordertreffen der Bewegung stehend, aufrecht erhalten helfen. Bei der Reichstagswahl 1912 konnte er es als schönen Erfolg seiner Tätigkeit noch erleben, daß der Kreis durch Genossen Schumann für die Partei erobert wurde. Auch die Genossenschaftsbewegung des Kreises verließ in ihm einen kräftigen Förderer. Seine letzten Gedanken galten der Partei: „Wied: einig und geschlossen, damit der Trugschluß der Parteigerhörten zusehender wird.“

Aus Groß-Berlin.

Nach den Krankenhäusern die Heimstätten!

Für die Krankenhäuser der Stadt Berlin wurde im Herbst 1916 gegen den Widerpruch der sozialdemokratischen Stadtverordneten eine Erhöhung des Pflegegeldes beschlossen, die am 1. April 1917 in Kraft tritt. Jetzt beantragt der Magistrat auch für die Heimstätten, den Pflegegeld wenigstens der Erwachsenen zu erhöhen, und zwar von bisher 250 M. auf 3 M. pro Tag. Von dieser Maßregel ist zu befürchten, daß sie die Reinigung der Krankenhäuser, genießende Mitglieder zu weiterer Erholung an Heimstätten zu überweisen, wieder noch abwärts werden. Auch die Pflegelinge für die aus eigener Tasche die Kosten der Heimstättenpflege bezahlt werden, dürften nach der Erhöhung des Pflegegeldes sich vermindern. Die freisinnige Stadtverordnetensmehrheit begründete die Zustimmung zu der Pinaufführung des Krankenhauspfelegeldes mit ihrer „wirtschaftlichen Grundanschauung“, mit dem „Hauptgrundsatze des Kommunalabgabengesetzes, daß für jede Sonderleistung, welche an Personen gewährt wird, die zur Zahlung umfandig sind, auch die entsprechende Gegenleistung gewährt werden muß“. Wollte man denselben Grundsatze z. B. auf die Bemessung des Schulgeldes der höheren Schulen anwenden, so müßte es in den Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen gegenüber dem

Gerichtszeitung.

Landrentenkasse Wilmerdorf hat seit Beginn des Jahres eine eigene Zahnklinik im Betriebe. Vollständige Sanierung des Raumes ist das Ziel, das die Zahnklinik für jedes Mitglied erstrebt. Zusahlungen sind lediglich bei der Beschaffung von Gebissen zu leisten, sie betragen für den Zahn 70 Pf., das heißt ein Ärmel der bestehenden Kosten. Den Rest der Kosten tragen zu gleichen Teilen die Landrentenkasse und die Landesversicherungsanstalt.

Gemeindevertretung in Steglitz. In der letzten Vertretung wurde ein Antrag des Gemeindevorstandes, 5000 Mk. für Ankauf einer Turmuhre für die neue Lutherkirche zu bewilligen, abgelehnt, nachdem sich außer den Sozialdemokraten auch verschiedene Bürgerliche dagegen gemeldet hatten. Die in einer schriftlichen Vorlage nachgewiesenen und begründeten Kostüberschreitungen aus dem Jahre 1915 in Höhe von 263.744 Mk. wurden genehmigt. Von dieser Summe entfallen auf das Elektrizitätswerk 132.140 Mk. und hiervon Nebenausgaben für Brennstoffen 85.337 Mk. Weiter wurde beschlossen, auch im neuen Rechnungsjahr die Anleihehaltung mit dem auf 1/2 Proz. reduzierten Satz vorzunehmen. In gemeinsamer Sitzung wurden 20.000 Mk. bewilligt zur Anschaffung zweier Eispinne, Wagen, Müllkästen usw. zur Abfuhr von Hausmüll aus den Gemeindegrundstücken.

Saatkartoffeln für Steglitzer Landkolonisten. Auch in diesem Jahre wird die Gemeinde wieder Saatkartoffeln („Kaiserkrone“) abgeben. Bestimmte Preisangaben können noch nicht gemacht werden. Bestellungen werden bei der Gartenverwaltung in der Bergstraße noch entgegen genommen.

Gemeindevertretung in Nowawes. Die in der Januaritzung angeregte Angliederung realer Nebenlössen an das Raagymnasium, woraus man neben anderen Vorteilen auch den Zusatz von 200000 Mark an Gemeindegeldern erhofft wurde, wurde nach kurzer, zustimmender Debatte einstimmig beschlossen. Die Angliederung soll vom 1. April d. J. ab erfolgen. — Genosse Böllner wies auf die unregelmäßige Brotverteilung hin, die die Hausfrauen nötigt, von einem Bäcker zum andern zu rennen, erwerbstätigen Frauen es sogar unmöglich mache, nach Feierabend ein Brot zu erlangen, und regte schließlich zur Behebung dieses mißlichen Zustandes die Einführung von Kundenlisten und eines Einheitsbrotes nach Groß-Berliner Muster an. Gemeindevorordneter Nathan erwiderte, daß die Brotverteilung sich mit dieser Frage auch schon beschäftigt habe und ihre Lösung in dem hier angeregten Sinne für möglich halte. Es sei nur ein Beschluß der Gemeindevertretung nötig, der er sobald wie möglich eine Probe des Einheitsbrotes zur Prüfung vorlegen werde. Die gegenwärtige Kartoffelarbeit sei hauptsächlich auf den starken Frost zurückzuführen, der ein Öffnen der Wägen unmöglich mache. Die Gemeinde habe trotzdem einen Versuch mit 200 Zentnern gemacht, möchte ihn aber vorderhand nicht wiederholen.

Der Wahlkreis in Nowawes hielt Sonntag im Singersaal Lokal eine Mitgliederversammlung ab, in der Genosse Partel Berlin über die Parteidifferenzen und die letzten Beschlüsse des Parteiausschusses sprach. Die vorgenommene Abstimmung ergab die einstimmige Billigung dieses Beschlusses. — In der Diskussion über den Bericht von der Kreis-Generalversammlung wurde es als Pflicht des Parteivorstandes bezeichnet, dem Widerspruch unserer wissenschaftlichen Organe „Neue Zeit“ und „Gleichheit“ durch die derzeitigen, die Parteipublizistik offen betreibenden Leiter endlich ein Ende zu machen. — Der Vorschlag, auch die weiteren Versammlungen bis Ende des Winterhalbjahres Sonntag abzuhalten, fand Widerspruch; es wurde schließlich dem Vorstand überlassen, den jeweiligen Versammlungstag zu wählen.

Gerichtsverhandlungen im Winterübergießer sind jetzt im Kriminalgerichtsgebäude an der Lagedorferstraße. Infolge Kohlenmangels verhielt sich auch dort die Zentralheizung ihre Dienste nur so mangelhaft, daß auf den eisernen Wandheizkörpern die vorerwähnten Zeugen frierend umhergehen und sich durch körperliche Bewegung die nötige Wärme zu erzeugen bemühen. Auch in den Verhandlungssälen ist es mehr als ungemütlich, so daß man Richter in Heberjahren und mit Decken sich vor Kälte schützend am Richtertische erblicken kann. In einer Strafkammer des Landgerichts III verkündete der Vorsitzende kurz bevor die Beratung des Gerichtshofes stattfand: „Der Saal ist zu kühl, da der Gerichtshof sich nicht zurückziehen kann, weil es im Beratungszimmer noch kälter ist, als hier.“ Im Schörrichterzimmer war es beim geistigen Beginn der Verhandlung des Prozesses Schiffermann so kalt, daß die beiden Angeklagten in winterlichen Hüllen erschienen und auch ein großer Teil der Geschworenen es vortzog, sich der Winterübergießer nicht zu entledigen.

Das Kündigungrecht der Hinterbliebenen gefallener Kriegsteilnehmer bei Miet- und Pachtverträgen. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch ist, wenn der Mieter stirbt, sowohl der Erbe als auch der Vermieter berechtigt, das Mietverhältnis unter Einwirkung der gesetzlichen Frist auf den nächsten zulässigen Termin zu kündigen. Diese gesetzliche Bestimmung kann aber durch Vereinbarung der Parteien geändert werden und ist auch tatsächlich vielfach dahin abgeändert worden, daß in den Verträgen festgelegt wurde, die Anwendung des betreffenden Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches solle beim Tode des Mieters ausgeschlossen sein. Die Erben sind also in diesem Falle an den Vertrag auf dessen ganze Dauer gebunden. Das hat nicht selten zu Härten gegenüber den Hinterbliebenen gefallener Kriegsteilnehmer geführt. Deshalb hat der Bundesrat bestimmt, daß sich der Vermieter auf eine Vereinbarung des obigen Inhalts, die das Kündigungrecht der Erben beim Tode des Mieters abweichend von den gesetzlichen Bestimmungen regelt, dann nicht berufen kann, wenn der Mieter infolge seiner Teilnahme am Kriege gestorben ist. In der Bundesratsverordnung ist nun nichts darüber gesagt, ob sie auch für Pachtverträge gelten soll. Das Reichsgericht hat jetzt diese Rechtsfrage verneint und entschieden, daß die Verordnung auf Pachtverträge keine Anwendung findet. Sie gilt nur für Mietverträge.

Aus aller Welt.

Brand einer Munitionsfabrik im Piräus. London, 13. Februar. Aus Athen wird gemeldet, daß in einer Munitionsfabrik im Piräus ein großer Brand ausgebrochen ist. Feuererlöschungen zufolge griffen die Flammen mit großer Schnelligkeit um sich. Katastrofen der alliierten Kriegsschiffe unterliefen die griechische Feuerwehre beim Ablöschen des Brandes. Die Zahl der Verunglückten ist bereits sehr beträchtlich.

Eine furchtbare Feuerbrunst ist im Petrosunggebiet von Tahonne im Staate New Jersey ausgebrochen.

Ja, die Kriegsgewinner! Wie die Prager „Bohemia“ berichtet, hat ein dortiger Kommisshar in vergangenen Jahre mit dem Absatz von 132.000 Flaschen Champagner den Weltrekord in seinem bisherigen Geschäftsleben erzielt. Ein Prager Kabarett

nahm zu Weihnachten an Eintrittsgeldern 30.000 Kronen ein, in dem eleganten Weinrestaurant herrschte riesiger Andrang. Für Prag, wo sich die vornehmsten und beliebtesten Gasthäuser mit schweren Strafen wegen Nichtbeachtung der Einfuhrbeschränkungen belegen wurden, sind auch Tanzunterhaltungen wieder gestattet. Es muß nur ein Teil der Eintrittsgelder für Kriegsfürsorgzwecke abgeliefert werden.

Parteiveranstaltungen.

Steglitz. Diejenigen Mitglieder, die Wert darauf legen, auch ferner der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands anzugehören, können ihre Parteimitgliedschaft durch Eintritt in den „Sozialdemokratischen Ortsverein Steglitz“, der heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, seine Mitgliederversammlung im Lokal von Clement, Doppelstraße 7, abhält.

Mariendorf. Diejenigen Parteigenossen und Genossen und Leiter des „Vorwärts“, die mit der Tendenz des bürgerlichen Wahlvereins nicht einverstanden sind, sondern der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands weiterhin angehören wollen, werden ersucht, Donnerstag, den 15. Februar, abends 8 Uhr, im Restaurant Hoch, Chausseestraße 44, zwecks Beitragsleistung zu erscheinen.

Wahldorf (Dahlem). Heute findet kein Zahlabend statt, zur nächsten Mitgliederversammlung wird eingeladen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten und Leser, 2. Hofstraße, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 9 bis 6 Uhr statt. Über die Briefkasten bestimmten Anfragen ist ein Tagelohn und eine Zahl als Versicherung beizufügen. Persönliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementszahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Ungefragte Briefe werden nicht beantwortet. Briefe, die nicht beantwortet werden können, werden nicht beantwortet. Briefe, die nicht beantwortet werden können, werden nicht beantwortet.

C. B. Sie können sich eventuell mit einer Beschwerde an das zuständige Landesamt wenden. — **C. S. 50.** 1. Die Krankenkasse kann zur Aufnahme nicht verpflichtet werden. 2. Vom nächsten Zahlungstermin ab noch für einen halben Monat. — **Jubiläum 100.** Sie können darüber Auskunft beim Militärbureau des Magistrats, Klosterstraße 67, erhalten. — **G. 43.** 1. Ihr Mann kann zur Operation nicht gezwungen werden, wenn die Operation lebensgefährlich ist. 2. Ja. — **W. 9. 6197.** Sie hatten für die Rente bis zum Ende des Kontrats. — **P. 8. 35.** Arbeitslosen sollen nicht unter das Kapitalabfindungsgesetz. — **P. 8. 63.** Ja. — **G. 5. 11.** Militärbureau des Magistrats, Klosterstraße 67. — **P. 8. 70.** Ausländer unterliegen nicht dem Hilfsdienstgesetz. — **A. 3. 8.** Sie sind zur Steuerzahlung vom 1. Januar an verpflichtet. — **H. 3. 60.** Ihre Frau hat am 15. die Unterhüftung noch einmal, also bis zum 1. Februar, zu erhalten. Beschwerde an das Militärbureau des Magistrats, Klosterstraße 67. — **S. 10. 1.** Besondere Rücksicht für Unteroffiziere sollen nicht erlaubt sein. 2. Das, was Sie eigentlich meinen, ist für den Mann ohne Anleitung und Instrumente nicht erlernbar. — **P. 6.** 80. Wenn Sie selbst einen Teil der Schuld tragen, ist die Firma dazu nicht verpflichtet. Klage ist deshalb nicht zu erwirken. — **H. 3. 100.** 2 bis 3 Wochen. — **P. 8. 205.** Wenden Sie sich an die Postverwaltung, Berlin.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutsche Land bis Donnerstag Mittag. Im südlichen Ostseegebiet kräftig mit leichtem Schneefall; in den übrigen Gegenden zeitweilig neblig, sonst trocken und ziemlich heiter, am Freitag mäßiger Frost.

Todes-Anzeigen

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Stellvertreter **Albert Bratz** am 11. Februar im Alter von 65 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Thomas-Rudolphhofes, Neußtraße, Hermannstraße, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Geschäftsführer **Friedrich Leidig** am 9. Februar im Alter von 70 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 14. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Wessener Straße, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreifachführer **August Wiebach** von der Firma Wohl, Alt-Bogebogen, am 11. Februar im Alter von 67 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 14. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Wessener Straße, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreifachführer **Gustav Netzner** am 10. d. Mts., im Alter von 31 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 14. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Wessener Straße, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreifachführer **Ewald Schindler** von der Firma R. Guffmann, Berlin, am 9. d. Mts., im Alter von 46 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 14. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Wessener Straße, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreifachführer **August Thiede** am 26. Januar im Alter von 63 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 14. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Wessener Straße, aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kampfer **Franz Tibus** Charlottenburg, Gelberstraße 4, am 9. Februar gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in Stauken aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.
Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreier **Karl Hecht** Reinickendorf, Gansstraße 17 am 8. Februar gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pf.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Am Sonnabend, den 10. Febr., verstarb unser Mitglied **Fritz Behrendt.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 14. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes, Reinickendorf, Köpckestraße, aus statt.
Um rege Beteiligung wird ersucht.

Am Freitag, den 9. Februar, verstarb nach kurzem Krankenlager unser langjähriger Mitglied **Hermann Flögel.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. Febr., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes, Reinickendorf, Köpckestraße, aus statt.
56/6 Die Ortsverwaltung.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines geliebten Vaters, unseres treuorgenden Vaters, lagern wir auf diesem Wege allen Bekannten und Kollegen herzlichsten Dank.
Mitte Rosa Scheer
nebst Kindern,
Köttgerstraße 6

Verband der Sattler und Portefeuillier.
Ortsverwaltung Berlin.
Den Kollegen hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied **Joseph Krembel** verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 14. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Heilig-Kreuz-Kirchhofes am Mariendorfer Weg aus statt.
130/12 Die Ortsverwaltung.

Hermann Flögel
im 50. Lebensjahr.
Dies seligen Heidekräft an Die trauernde Gattin nebst Pflegekind Hanschen.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 15. Februar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Heilig-Kreuz-Kirchhof, Reinickendorf, Köpckestraße, statt.

Reuters Werke
3 Bände 3 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Fredy-Zigaretten zu Fabrikpreisen!
1000 Zig., Kleinverk., 1,5 Pf., 16 M.
1000 „ „ „ „ 3,0 „ 23 M.
1000 „ „ „ „ 4,5 „ 32 M.
1000 „ „ „ „ 6,0 „ 46 M.
Versand nur gegen Nachnahme von 300 Stück an.
Zigarren am Lager.
Fredy-Zigaretten-Vertrieb N.
Berlin, Brunnenstr. 17 Hof II
Geöffnet 8-7, Sonntag 12-2 Uhr.
Tel. Norden 2343.

Gründe der Drechsler, Treppengeländer- und Alabasterarbeiter.
Donnerstag, den 15. Februar, abends 8 Uhr, im „Verbandshaus“, Rungestraße 30 (Arbeitslosenplatz):

Versammlung
aller in Drechslerereien, der Treppengeländer- und Alabasterbranche beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Erhöhung der Tarifhöhe am 15. Februar.
2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung.
3. Verhandlung und Brandangelegenheiten. 94/7
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert die Anwesenheit aller Beschäftigten.
Die Brander-Kommission.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands
Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Donnerstag, den 15. d. Mts., abends präzise 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 15:

Zahlstellen-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1916. 2. Bericht und Ergänzungswahl des Vorstandes. 3. Bericht der Schlichtungskommission. 205/10
Beschlüssiges Ergehen der Delegierten ist Pflicht. Der Vorstand.

Zentralverband d. Hausangestellten
Ortsgruppe Berlin.
Kart und Anknüpfung in allen Dienstverhältnissen
Engelstraße 21 III v. 9-5 Uhr, Sonnabend v. 9-2 Uhr. Tel.: 394.295.

Achtung! Zusammenkunft
aller in den Bürgerhäusern und sonstigen Räumen beschäftigten Hausangestellten, Frauen u. Mädchen
morgen Donnerstag, den 15. Februar, abends 8 Uhr, in der „Neuen Philharmonie“, Köpenicker Str. 97/97.
Vortrag über: „Es ist die höchste Zeit.“
Um weiteste Verbreitung bitten
Der Vorstand.

Neueste Frühjahrs-Modelle!
Herrliche Kostüme u. Mantelkleider, Ersatz für feinste Werkstättenarbeit, Kammgara, Tuch, Phantasiestoffe, 200.- 100.- 75.- 50.-
Flotte Kostüme aus la Stoffen, reizend angeführt, 65.- 45.- 40.- 35.-
In großer Auswahl noch vorhanden.
Gummimäntel, Seidenmäntel, Lelagummimäntel, gestrichelt gemäht, imprägniert, reizende Anfertigungen, Gledertformen, Schalkstragen, Hülle Aufmachungen, 95.- 80.- 75.- 65.- 55.-
Fesche Gummimäntel, einfache Ausführung, passende Kappe 50.- 42.- 35.- 31.- 25.- 23%
Wandervolle Sealpflaummäntel, Kostbare Pelzmäntel aus Sealpflaum, Fohlen, Bretschwanz, Persischer, Semi-Elektro, 1500.- 1200.- 900.- 600.- 450.-
Fesche Pelzmäntel, Persischer-Klasse 200.-
Einsparungskleider in großer Auswahl
Wandervolle Seidenkleider, Modelle 150.- 100.- 75.-
Flotte Röcke, schwarz u. farbig 60.- 40.- 25%
Sonnentag geöffnet 12-2 Uhr
Auswahlendungen nach außerhalb gegen Anzahlung.
Passendes für stärkste Figuren vorrätig.
Westmann
I. Geschäft: Mohrenstraße 27
II. Geschäft: Gr. Frankfurter Straße 118.
Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

